

**Alternativen sind machbar:
Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!**

PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004

Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!

Europa steht vor einem historischen Moment seiner Integrationsgeschichte. Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union von 15 auf 25 Staaten erweitert. Künftig leben 450 Millionen Menschen in der EU. Ihr Zusammenleben sowie das Verhältnis der 25 Mitgliedstaaten zueinander wird auf dem neuen Vertrag über eine Europäische Verfassung beruhen. Diese Europäische Union ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit außerordentlichen politischen, ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Herausforderungen konfrontiert. Sie soll nicht nur größer, sie soll sozialer, demokratischer und friedensfähiger werden. Es gilt, positive europäische Erfahrungen aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Die vorherrschende Politik in Europa ist auf einem falschen Weg. Es kommt die Mehrheit der Menschen teuer zu stehen, wenn Sozialsysteme demontiert und zerstört werden, wenn Massenerwerbslosigkeit und ein Wettbewerb nach unten den Alltag prägen. Deshalb bedarf es eines umfassenden Politikwechsels hin zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa. Dafür hat sich die PDS im Europäischen Parlament als Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) bereits in den vergangenen fünf Jahren entschieden engagiert, und sie wird dies auch in der nächsten Legislaturperiode tun.

Ein Politikwechsel setzt voraus, dass Menschen sich als politische Gegenkraft in unterschiedlichen Formen organisieren und für ihre Interessen eintreten. Die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern im Europäischen Parlament zu vertreten und die außerparlamentarischen Bewegungen zu unterstützen ist vornehmste Aufgabe der Abgeordneten der PDS.

Europapolitische Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus sind:

Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf gleichberechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage. Deshalb tritt sie nachdrücklich für eine Wende in der Integrationspolitik ein.

- Wir wollen eine Europäische Union, die der Vollbeschäftigung und dem sozialen Fortschritt angesichts der Massenerwerbslosigkeit höchste Priorität beimisst, mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik bricht und stattdessen auf nachhaltiges Wirtschaften setzt, neue Wege der Verzahnung von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik beschreitet und den Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprechend korrigiert.
- Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen, transparenten und unbürokratischen Institutionen und Entscheidungsprozessen. Politik in der EU muss für die Menschen nachvollziehbar werden. Sie dürfen nicht bloß Adressaten von Politik, sondern müssen aktive Mitgestalter sein.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der die Gleichstellung von Männern und Frauen tatsächlich realisiert ist und in der jegliche Diskriminierung von Menschen entschieden bekämpft wird.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der Menschen mit und ohne Behinderungen oder chronischen Krankheiten ihre Persönlichkeit frei entfalten und selbstbestimmt am Leben der Gemeinschaft teilhaben können.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der alle mit der Erweiterung verbundenen Fragen solidarisch gelöst werden, in der insbesondere die Förderpolitik so gestaltet wird, dass weder die bisher geförderten noch die neu zu fördernden Staaten und Regionen Nachteile haben.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit gesichert sind, wo Kriminalität bekämpft wird, ohne die Grund- und Menschenrechte zu verletzen.

zen, wo das Grundrecht auf Asyl auf höchstem internationalen Standard garantiert und Zuwanderung nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung unserer Gesellschaften betrachtet wird.

- Wir wollen eine Europäische Union, die das Völkerrecht und die UNO-Charta achtet, Krieg und militärische Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten ablehnt, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, ihre Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellt und Rüstungsexporte beendet. Unser Ziel ist die Reduzierung der militärischen Kapazitäten auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.
- Wir wollen eine Europäische Union, die auf Kooperation und Zusammenarbeit setzt und intensive partnerschaftliche Beziehungen zu ihren neuen Nachbarstaaten pflegt.
- Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil dieser einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert und zur Schaffung solidarischer internationaler Weltwirtschaftsbeziehungen beiträgt.
- Wir wollen eine Europäische Union, die ihren Verpflichtungen zur Lösung der globalen Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes gerecht wird und umfassenden Verbraucherschutz sicherstellt.

Als sozialistische Partei setzen wir uns mit der Europapolitik der Bundesregierung weiterhin kritisch auseinander. Ihre Bilanz ist höchst zwiespältig. Einerseits hat sich die Bundesregierung für die Grundrechtecharta und die europäische Verfassung engagiert. Während des Irakkrieges hat sie durch ihr gemeinsames Agieren mit Frankreich Ansehen gewonnen, sich allerdings den imperialen Machtambitionen der Bush-Administration nicht dauerhaft widersetzt. Sie hat versucht, Europa ein eigenes Gewicht in der Weltpolitik zu geben. Mit ihrem massiven Drängen auf die Entwicklung der Europäischen Union zu einer Militärmacht, ihrer jahrelangen Blockadepolitik im Hinblick auf fortschrittliche europäische Zuwanderungs- und Asylregelungen oder ihrer Vorreiterrolle bei der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und der skandalösen Umverteilung von unten nach oben hat sich die Bundesregierung jedoch ein denkbar schlechtes europapolitisches Zeugnis ausgestellt.

Die PDS wird daher nicht nur im Europäischen Parlament für einen Kurswechsel streiten. Sie wird im Bund, über die Länder und Kommunen, vor allem aber durch Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen Druck von links auf die deutsche Europapolitik ausüben. Wir wollen, dass Deutschland seiner großen Verantwortung für die Schaffung einer friedlichen und sozialen Europäischen Union endlich gerecht wird.

Es ist wichtig, dass die Europäische Union sich eine Verfassung gibt, die allen in der EU lebenden Menschen verbriefte Grund-, Freiheits- und Gleichheitsrechte zusichert. Eine Europäische Verfassung soll sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichten, die Möglichkeiten unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen offen halten, eine soziale Bindung des Eigentums anstreben, die EU weiter demokratisieren, der Vielfalt der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen Rechnung tragen. Eine Europäische Verfassung muss den Völkern zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt werden. Diesen Ansprüchen genügt der vom Konvent erarbeitete Verfassungsvertrag in wichtigen Punkten nicht. Es ist positiv, dass die Grundrechtecharta und soziale Rechte in den Entwurf aufgenommen wurden. Dafür hat sich die Europäische Linke im Konvent engagiert. Aber der vorliegende Verfassungsentwurf soll alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichten. Er befördert die Militarisierung der EU. Neoliberale Wettbewerbspolitik soll Verfassungsrang erhalten. Das für mehr Demokratie in der EU Erreichte bleibt hinter dem Notwendigen zurück. Die Rückschritte überlagern und deformieren die Fortschritte im Verfassungsentwurf. Wir werden alle Möglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene nutzen, um dies zu verhindern. Die PDS sagt Nein zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf.

Es ist eine historische Entscheidung sozialistischer, kommunistischer und anderer linker Parteien in Europa, eine gemeinsame Partei der Europäischen Linken aufzubauen. Die PDS ruft zur

Gründung der Partei auf, wird in ihr aktiv mitarbeiten und als ihr Teil den Europawahlkampf führen.

Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa ist möglich. Dafür braucht Europa eine starke europäische Linke!

I. Das Soziale Europa verwirklichen

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Vertrauenskrise. Dafür gibt es vielfältige Ursachen. Neben dem Demokratiedefizit der EU und dem Mangel an Transparenz europäischer Entscheidungsfindung gehört insbesondere dazu, dass sich der soziale Zusammenhalt in der Union im Gegensatz zur forcierten Wirtschafts- und Währungsintegration dramatisch abschwächt.

Die Politik der Europäischen Union orientiert auf die Entfesselung der Marktkräfte und die Erhöhung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ der Wirtschaft. Deshalb haben große Teile der Bevölkerung zu Recht den Eindruck, dass die Interessen von multinationalen Unternehmen, Börsen und Banken in Europa den Vorrang haben. Sie haben erlebt, dass die politisch Verantwortlichen seit dem Start des EG-Binnenmarktprojekts Mitte der 80er Jahre immer wieder die gleichen Versprechen abgeben: eine kräftig wachsende Wirtschaft und einen drastischen Rückgang der Erwerbslosigkeit. Doch weder durch den Binnenmarkt noch durch die Einführung des Euro sind diese Versprechen eingelöst worden. In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union vielmehr für ein Programm sozialer Zumutungen verantwortlich. Die PDS teilt diese Auffassung. Wir kritisieren das bisherige Vertragskonzept der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, das starre Korsett der Kriterien von Maastricht, die Defizitregeln, den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir sind dagegen, dass nationale Regierungen und die Europäische Kommission die EU als politischen Hebel nutzen, um erstens immer mehr Bereiche der Wirtschaft zu liberalisieren und zu privatisieren, um zweitens die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und zu deregulieren und um drittens die öffentlichen Haushalte drastisch zu kürzen, insbesondere zu Lasten sozialer Ausgaben umzustrukturieren.

Unter dem Motto „mehr Wettbewerb“ wurden vormals öffentliche Dienste wie Energieversorgung, Bahn, Post und Telekommunikation liberalisiert. Öffentlicher Nahverkehr und Sparkassen sollen folgen. Die dramatische Konsequenz dieser Politik ist, dass nur wenige Großunternehmen die Märkte beherrschen, während für Verbraucherinnen und Verbraucher zumeist höhere Kosten entstehen und sich die Qualität der erbrachten Leistungen oft verschlechtert. Für die Sanierung der öffentlichen Haushalte werden die sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Renten oder des Gesundheitswesens abgebaut, von den Versicherten wird mehr und mehr private Eigenvorsorge verlangt. Auf den Arbeitsmärkten schließlich wird auf längere Lebensarbeitszeiten, Niedriglöhne, Lockerung des Kündigungsschutzes und Schwächung der Gewerkschaften gesetzt.

Das zentrale Gesellschaftsproblem in Europa – anhaltende Massenerwerbslosigkeit, wachsende soziale Ausgrenzung und Armut – ist durch die neoliberale Politik verschärft worden. Die Fortsetzung dieser Politik wird die Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedstaaten all die damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen weiter vergrößern. Das ökonomische und das Wohlstandsgefälle zwischen den jetzigen und den neuen Mitgliedsländern ist enorm. Viele Menschen in der Bundesrepublik, insbesondere im Osten, verbinden daher mit der Erweiterung soziale Abstiegsängste.

Die PDS will, dass in der erweiterten Europäischen Union mit dem bisherigen Kurs in der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gebrochen wird. Wir werden uns im Europäischen Parlament dafür engagieren, dass der Aufbau eines sozialen Europas in den Mittelpunkt euro-

päischer Politik gestellt wird, um m die Ziele der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts langfristig zu verwirklichen.

Das europäische Sozialstaatsmodell kann auch in Zeiten des Globalisierungswettlaufs verteidigt werden. Seine Zukunft wird in Europa selbst entschieden. Die EU bildet mit ihren 25 Mitgliedstaaten, 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von etwa 9,2 Billionen Euro einen in hohem Maße regionalisierten Wirtschaftsraum. Die Mitgliedstaaten wickeln mehr als drei Viertel ihrer Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsströme untereinander ab. 90 Prozent des Handelsvolumens sind Produkte und Dienstleistungen „Made in Europe“. Die Europäische Zentralbank stellte bereits 1999 fest, dass innerhalb der Eurozone die Entwicklung der Binnenwirtschaft ein weit größeres Gewicht hat als äußere Faktoren. Die bisherige Orientierung des EU-Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch sinnvoll noch zielführend

Sozial-, Steuer- und Umweltstandards können auf europäischer Ebene reguliert und so im globalen Wettbewerb verteidigt werden. Eine koordinierte europäische Steuer- und Finanzpolitik zur soliden und verteilungsgerechten Finanzierung der sozialstaatlichen Aufgaben der Mitgliedstaaten, koordinierte Haushaltspolitik für mehr öffentliche Investitionen in soziale Infrastrukturen und ökologischen Strukturwandel sowie koordinierte Geld- und Haushaltspolitik zur Stärkung der Binnenwirtschaft und umweltgerechten Belegung der Binnennachfrage – all das kann sich lohnen und Vollbeschäftigung näher bringen. Bleibt eine europäische Regulierung aus, werden der innereuropäische Wettbewerb, die entfesselten Marktkräfte und die ungleiche Entwicklung von Sozial-, Lohn-, Steuer- und Umweltstandards den bisherigen Abwärtstrend beschleunigen.

Deshalb fordert die PDS eine Abkehr von der neoliberalen Politik der Deregulierung und des Vorrangs der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“. Wir wollen stattdessen die Binnennachfrage und regionale Wirtschaftskreisläufe in Europa stärken, indem vorrangig die europäische Binnenwirtschaft gleichmäßig entwickelt und sozial-ökologisch umgebaut wird. So kann die EU aus der „Globalisierungsfalle“ herauskommen und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell für andere Wirtschaftsregionen werden.

Wirtschaftsdemokratie

Längerfristig strebt die PDS an, dass Formen und Verfahren der Demokratie auch in der Wirtschaft Einzug halten. Wir wollen, dass die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen in allen großen Unternehmen paritätisch mitbestimmen können. Die PDS hält Wirtschaftsdemokratie für ein dringendes Gebot des sozial-ökologischen Umbaus.

Die PDS setzt sich für verstärkte kollektive Mitbestimmungsrechte ein. Betriebsräte müssen auf allen Ebenen – im lokalen Einzelbetrieb ab einer festgelegten Größe – Informations-, Anhörungs-, Vorschlags- und Mitbestimmungsrechte haben. Die Beteiligungsrechte von europäischen Betriebsräten und ihre Arbeitsmöglichkeiten sind bei der Novellierung der Richtlinie für europäische Betriebsräte umfassend auszubauen. Angriffe gegen Flächentarifverträge, Tarifautonomie, Streikrecht, Gewerkschaften und Betriebsräte weist die PDS entschieden zurück. Diese Rechte sind individuelle und kollektive Grundrechte, durch deren Gewährung die Zukunft Europas auch im Bereich der Wirtschaft demokratischer gestaltet werden kann.

Nachhaltigkeitsstrategie für ein soziales Europa

Im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon das Ziel formuliert, aus der Europäischen Union bis 2010 „die dynamischste, wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu machen, die sich durch Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Erwerbsarbeitsplätzen und einen verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt auszeichnet“. Trotz einiger wohlklingender Überschriften setzt die „Lissabonner Strategie“ einseitig auf Kostensenkung, um so mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ zu gewinnen. Sie beruht auf dem Vorrang einer marktradikalen Wirtschaftspolitik, deren Vorgaben die Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik zu folgen haben. Das heißt: Vollbeschäftigung soll durch mehr Druck auf Erwerbslose, durch Sozialabbau, durch mehr Minijobs, Niedriglohnarbeit und den Abbau von Schutzrechten erreicht werden. Dieser Weg kann zwar zu mehr Erwerbsarbeitsplätzen im Teilzeit- und Niedriglohnbereich führen, jedoch die sozialen Folgen der andauernden Unterbeschäftigung nicht beseitigen.

Die PDS fordert stattdessen, dass die EU eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie für ein soziales Europa entwickelt, welche die unserer Meinung nach entscheidenden vier Dimensionen der Nachhaltigkeit – die ökonomische, die sozial-kulturelle, die ökologische und die institutionelle – enthält. *Ökonomische Nachhaltigkeit* zielt auf den Erhalt des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums, auf die Gewährleistung wirtschaftlicher Effizienz, auf umwelt- und sozialgerechte Produktivitätsentwicklung und Innovationsfähigkeit, auf wirtschaftliche Stabilität, auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, auf eine ausgeglichene Leistungs- und Handelsbilanz, auf eine neue Art der Vollbeschäftigung. *Sozial-kulturelle Nachhaltigkeit* beinhaltet die Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Gleichstellung der Geschlechter, die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit, die Verwirklichung der sozialen Grundrechte durch den gleichen Zugang aller zur Nutzung öffentlicher Güter, die Gewährleistung sozialer Sicherheit und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie einen sozial-ökologischen Konsumwandel. *Ökologische Nachhaltigkeit* zielt auf den Schutz der biologischen Vielfalt, eine drastische Verringerung von Energieverbrauch, Stoff- und Verkehrsströmen, der Landnutzung sowie der Belastung der Umwelt durch Giftstoffe. Die *institutionelle Dimension* der Nachhaltigkeit betrifft schließlich die größere Beteiligungsrechte und -möglichkeiten der Bevölkerung, die Stärkung von Netzwerken und ein entsprechendes Zusammenwirken der Institutionen.

Eine solche Nachhaltigkeitsstrategie erfordert eine institutionelle und inhaltliche Verknüpfung von Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis würde sie es ermöglichen, Wechselwirkungen und Zielkonflikte zwischen den bislang isoliert betrachteten Politikfeldern zu bearbeiten. Wirtschaftspolitik hat demnach gleichzeitig das Ziel der Vollbeschäftigung, die Förderung des europäischen Sozialmodells und die Gestaltung des ökologischen Strukturwandels zu verfolgen. Beschäftigungspolitik muss über die Arbeitsmarktpolitik hinaus sozialpolitische Ziele wie Qualität der Erwerbsarbeit, Gleichstellung der Geschlechter und gesundheitsförderliche Gestaltung der Arbeitsumwelt einschließen. Umweltpolitik hat neben ihrer eigentlichen Aufgabenstellung auch darauf zu achten, dass der ökologische Strukturwandel zu mehr Beschäftigung und zur Qualität der Erwerbsarbeitsplätze beiträgt und soziale Ausgrenzung vermeidet.

Mit den von uns vorgeschlagenen neuen „*EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung*“ müssen erstens verbindliche Ziele für die Politik der EU und der Mitgliedstaaten formuliert werden. Zweitens sind sie – ähnlich der bisherigen Koordinierung der Wirtschaftspolitik – mit einem multilateralen Überwachungsverfahren auszustatten, und drittens muss ihre Umsetzung organisiert und ausgewertet werden. Auf diese Weise wäre die EU imstande, europaweit koordiniert für eine umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung und gestärkten sozialen Zusammenhalt zu sorgen.

Die Leitlinien sollten ferner durch Aktions- und Maßnahmenprogramme sowie durch gemeinsame Rahmenregelungen in allen dafür relevanten Politikbereichen, zum Beispiel der Forschungspolitik oder der Regionalpolitik, begleitet werden.

Diese integrierte Nachhaltigkeitsstrategie wäre ein entscheidender Beitrag, um das soziale Europa schrittweise zu verwirklichen. Die breite Entwicklung der Masseneinkommen und soziale Absicherung, sowohl in der Erwerbsarbeit als auch über die Erwerbsarbeit hinaus, dürfen nicht länger nur als Kosten angesehen werden, die es zu minimieren gilt. Der Ausbau von gesellschaftlicher Infrastruktur, Bildung und Kultur, die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, die Bewahrung und Sanierung der Umwelt sind wesentliche Felder für Innovationen und produktive Tätigkeit. Sie dürfen nicht einer kurzfristigen Renditeorientierung unterworfen werden. Ziel muss vielmehr die Schaffung von umweltgerechtem Wohlstand für alle und dessen gerechte Verteilung sein. Mit einer solchen Zielsetzung knüpft unsere Konzeption an die Tradition des europäischen Sozialstaates an.

1. Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten muss sich künftig vorrangig auf die Entwicklung der europäischen Binnenwirtschaft konzentrieren und eine ausgeglichene Leistungs- und Handelsbilanz anstreben. Es gilt, das Nebeneinander von Geld- und Finanzpolitik zu beenden. Diese makroökonomischen Politikfelder müssen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene nach einem gemeinsamen Konzept abgestimmt und entwickelt werden. Eine Stärkung der europäischen Binnennachfrage kann durch europäisch und national abgestimmte Steuer- und Sozialpolitik erfolgen, indem das verfügbare Einkommen der unteren Einkommenschichten erhöht wird. Die Koordination der Makropolitik muss auch das Ziel verfolgen, Steuer- und Sozialdumping zu verhindern. Gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftsflaute braucht die EU mehr denn je gleichzeitig eine flexible Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), eine aktive, nachfrage- und investitionsorientierte Haushaltspolitik von Union und Mitgliedstaaten sowie eine solidarische Lohnpolitik.

Währungspolitik

Die europäische Geldpolitik muss Verantwortung für Preisstabilität, für die Herstellung von Vollbeschäftigung sowie für die Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung als gleichwertige Ziele der Zentralbank übernehmen. Diesen Aufgaben müssen sich die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) künftig stellen. Die EZB soll weiterhin keine direkten geldpolitischen Weisungen von EU-Organen oder Regierungen der Mitgliedstaaten entgegenzunehmen haben und funktional unabhängig sein. Allerdings treten wir dafür ein, die Geld- und Wechselkurspolitik stärker in die makroökonomische Kooperation auf europäischer Ebene einzubetten. Die EZB ist künftig damit zu beauftragen, die Anforderungen aus den Leitlinien für nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ihre geldpolitische Strategie einzubeziehen und diese im Detail öffentlich zu begründen. Um eine größere Transparenz geldpolitischer Entscheidungen zu erreichen, bedarf es einer umfassenden demokratischen Rechenschaftspflicht der EZB. Sie ist zu verpflichten, nach geldpolitischen Entscheidungen das Abstimmungsverhalten, das Sitzungsprotokoll und eine Zusammenfassung der verschiedenen Standpunkte im Zentralbankrat öffentlich zu machen.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass die EU einen aktiven Beitrag zur demokratischen Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte und einer global abgestimmten Wechselkurspolitik leisten muss. Dies ist unseres Erachtens eine der zentralen Aufgaben des künftigen Euro-Ministerrats, der für die Außenvertretung der Eurozone in den internationalen Wirtschafts- und Finanzgremien verantwortlich ist.

Haushalts- und Finanzpolitik

Die Erfahrungen mit den Defizitkriterien des EG-Vertrags sowie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigen, dass sie den Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer eher Schaden als Nutzen gebracht haben. Diese Instrumentarien erzwingen auch im Konjunkturabschwung drastische Haushaltskürzungen, welche die Inlandsnachfrage weiter abwürgen und die wirtschaftliche

Erholung verzögern. Das zieht sinkende Steuereinnahmen und wachsende Erwerbslosigkeit nach sich. Dadurch entstehen wieder neue Finanzlücken, gegen die mit neuen Kürzungsprogrammen ebenso erfolglos angespart wird. Das eigentliche Ziel des Schuldenabbaus wird so nie erreicht – ursprünglich sollten bereits 2002 ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden, dann 2004, jetzt 2006. Doch auch diese Ziellinie erweist sich als unrealistisch, gerade für große Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich und Italien.

Seit dem Absturz der „New Economy“ und dem Platzen der Spekulationsblasen an den US-amerikanischen und europäischen Börsen im Jahre 2001 erlebt die EU-Wirtschaft bereits drei Jahre wirtschaftlicher Stagnation. Es besteht sogar die Gefahr einer schleichenden Deflation. In einer solch bedrohlichen Lage ist „Sparen“ um jeden Preis erst recht das falsche Rezept. Kürzungen bei den Sozialhaushalten zwingen die Betroffenen zu mehr Eigenvorsorge und mehr privatem Sparen. Damit sinkt die Verbrauchsnachfrage weiter. Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen entziehen gerade dem regionalen und kommunalen Bereich Gelder, die für das lokale Handwerk, für kleine und mittlere Unternehmen überlebenswichtig sind. Auf die verringerte Gesamtnachfrage reagieren die Unternehmen mit einem verschärften Preiskampf, der weitere Unternehmenspleiten hervorruft und die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale treibt. Diese bedrohliche Perspektive muss mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Wirtschaftspolitik verhindert werden.

Die PDS drängt deshalb auf eine Revision der Defizitkriterien und des Stabilitätspakts. Die Haushaltspolitik braucht einen neuen Ansatz: Haushaltsdefizite sollten vorrangig bei guter Konjunktur abgebaut und strukturelle Defizite konjunkturübergreifend verhindert werden. In Wirtschaftsfaluten müssen allerdings konjunkturbedingte Defizite hingenommen und die öffentlichen Investitionen bei der Staatsverschuldung herausgerechnet werden. Dieser Ansatz könnte durch das Gebot einer langfristig stabilen, aber konjunkturell variablen Schuldenstandsquote umgesetzt werden.

Die nationalstaatliche Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten muss europäisch koordiniert werden, um sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen für Erwerbsarbeit, Umwelt und Bildung zu stärken und so die EU-Binnenwirtschaft umweltverträglich zu beleben. Die Mitgliedstaaten sollten vereinbaren, dafür einen bestimmten Anteil ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) zu mobilisieren. Aufgrund der geringen Außenwirtschaftsabhängigkeit der EU und der höheren Multiplikatoreffekte in einer großen Binnenwirtschaft tragen sich kreditfinanzierte öffentliche Investitionen langfristig selbst. Öffentliche Investitionen und ihr Einfluss auf die Staatsverschuldung sind gesondert auszuweisen. Eine koordinierte aktive Haushaltspolitik zur Steigerung der öffentlichen Investitionen ist dann nicht mit einer höheren Staatsverschuldung verbunden.

Die PDS fordert weiterhin, dass die europäische Ebene einen eigenen Beitrag zur nachhaltigen Erholung und Stabilisierung der EU-Binnenwirtschaft leistet, dass sie ein *Europäisches soziales und ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm* auflegt. Es sollte vor allem darauf gerichtet sein:

- dezentrale Netzwerke mit hoher Beschäftigungsintensität und positiven sozialen und ökologischen Folgewirkungen zu fördern,
- die Schiene im Regional- und Güterverkehr auszubauen,
- Umweltschutz, Stadterneuerung, Bildung, Sozial- und Kulturwirtschaft, Gesundheits- und Erziehungswesen sowie innovative Klein- und Mittelbetriebe in Produktion und Dienstleistungen zu unterstützen.

Die EU hätte dafür zwei Finanzierungsquellen:

- die Ausgabe von Unionsanleihen, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Förderpolitik genutzt werden können;

- die Nutzung eines Teils der Gold- und Währungsreserven der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die von der EZB nicht benötigt werden.

Die PDS greift hier frühere Vorschläge auf, um eine neue europäische Kreditkapazität von 100 Milliarden Euro zu schaffen. Die EIB sollte Mittel aus diesem Fonds zu niedrigen Zinssätzen verleihen. Die Differenz zwischen dem Zinssatz der EIB und dem Refinanzierungssatz würde durch den EU-Haushalt gedeckt und eine Summe von rund drei Milliarden Euro kaum überschreiten.

Die PDS schlägt vor, ab Herbst 2004 über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren schrittweise knapp die Hälfte nicht benötigter Gold- und Devisenreserven aufzulösen und die Erlöse zur Finanzierung des europäischen sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms zu verwenden.

Darüber hinaus wird sich die PDS dafür einsetzen, dass die Entscheidungen über die jährlichen Haushalte bis 2006 und über den EU-Finanzrahmen 2007 bis 2013 vom Geist der Solidarität zwischen stärkeren und schwächeren Ländern und Regionen getragen werden. Wir sind der Auffassung, dass das permanente Absenken des Beitrages der Mitgliedsländer zur Finanzierung der Europäischen Union (2004 sind nur noch 0,99 Prozent vom BIP vorgesehen) gestoppt werden muss und bis 2006 zumindest die im Jahr 2000 in der Berliner Agenda vorgesehene Eigenmittelobergrenze von 1,27 Prozent des BIP der Mitgliedstaaten umzusetzen ist. Finanzielle Reserven im EU-Haushalt liegen darin, dass die bereitgestellten Mittel voll ausgeschöpft werden. Wir sind dafür, nicht verwendete Gelder nicht an die Mitgliedstaaten zurückzuzahlen.

Steuerpolitik

Die europäische Steuerpolitik ist wesentlich zu vereinfachen, übersichtlicher zu gestalten und auf die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie auf eine gerechtere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auszurichten. Die PDS kämpft für die Durchsetzung des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir fordern deshalb eine Koordination der nationalen Steuerpolitik der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, sowohl den regulären als auch den unlauteren Steuerwettbewerb innerhalb der EU zu beenden. Im Rahmen der von der PDS geforderten EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung muss einem Wettbewerb der Mitgliedstaaten nach unten entgegengewirkt werden. Leistungslose Einkommen aus Vermögen und Erbschaften sind bei entsprechenden Freibeträgen, um Normalverdiener nicht zusätzlich zu belasten, gemäß ihrer höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern, um so zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung beizutragen.

Die PDS schlägt vor, eine EU-weit harmonisierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung von Körperschaftsteuern zu schaffen und einen europäisch harmonisierten, gewinnabhängigen Körperschaftssteuersatz zu verankern.

Die ab 2004 geltende EU-Zinssteuervereinbarung veranlasst 12 Mitgliedstaaten zu Kontrollmitteilungen und einen grenzüberschreitenden Datenaustausch über Zins- und Kapitalerträge. Sie ermöglicht somit das Aufspüren und die Besteuerung von Fluchtgeldern, was die PDS ausdrücklich begrüßt. Die PDS fordert allerdings, die neuen Mitgliedstaaten in dieses System einzubeziehen sowie Druck auf Österreich, Luxemburg, Belgien und die Steueroasen innerhalb der EU und ihrer assoziierten Gebiete (zum Beispiel britische Cayman- und Kanalinseln, Andorra, Monaco, San Marino, niederländische Antillen) auszuüben, diesem grenzüberschreitenden Informationsaustausch der 12 beizutreten. Sollte sich binnen zwei Jahren dabei kein Erfolg einstellen, fordert die PDS eine neue EU-Richtlinie, die Finanzgeschäfte mit Banken und Fonds verbietet, die nicht den von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aufgestellten Mindeststandards der Bankenaufsicht entsprechen oder die in Ländern operieren, die in der OECD-Übersicht „unkooperativer Steueroasen“ aufgelistet sind. Diese Richtlinie wäre ein wirksames Sofort-Instrument zur Vermeidung und Bekämpfung von Steuerflucht.

Die PDS schlägt weiterhin vor, einen Einstieg in die EU-weite Erhebung von tatsächlichen Ökosteuern in Angriff zu nehmen. Dabei müssen alle bereits existierenden nationalen Ökosteuern berücksichtigt werden. Als erster Schritt ist die Einführung einer kombinierten Primärenergie/CO₂-Steuer erforderlich. Fossile Energieträger (zum Beispiel Stein- und Braunkohle, Heizöl, Benzin) würden gemäß ihrer CO₂-Intensität sowohl bei der Energieerzeugung als auch im nachgelagerten Verbrauch besteuert. Hinzu käme eine Besteuerung atomarer Brennstäbe, während erneuerbare Energien von dieser Steuer freigestellt werden müssen. Die Einnahmen aus der Energiesteuer sind ausschließlich für den ökologischen Umbau und damit verbundene soziale Ausgleichsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten zu verwenden. Ferner fordert die PDS die Erhebung einer Steuer auf Flugbenzin.

Darüber hinaus sollte die EU eine harmonisierte Wertpapierumsatzsteuer und eine harmonisierte Steuer auf kurzfristige Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) einführen. Die EU-Wertpapierumsatzsteuer würde auf den Verkauf von Wertpapieren mit einem Steuersatz von einem Prozent erhoben, jedoch nicht auf die Emission von Wertpapieren. Die Einnahmen sind dem EU-Haushalt zuzuführen, um die Finanzierungserfordernisse der Erweiterung besser abzudecken. Die Tobin-Steuer würde auf Devisentransaktionen mit einem Steuersatz von einem Prozent erhoben und sollte überwiegend zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden. In Zeiten hoher Finanzmarktschwankungen muss ein Aufschlag auf die Tobin-Steuer von maximal zusätzlich zwei Prozent erhoben werden, sobald bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Damit könnte man spekulative Attacken zügig eindämmen und die europäische Geldpolitik entlasten.

Solidarische Lohnpolitik

Die PDS fordert, dass die Tarifautonomie in einer erweiterten Union vollständig und flächendeckend garantiert werden muss. Staatliche Politik muss die Rahmenbedingungen für Flächentarifverträge und deren Allgemeinverbindlichkeit verbessern. Auf dieser Basis streiten wir für eine solidarische Lohnpolitik in Europa. Wir setzen uns für die Einführung von Mindestlohnstandards ein, um dem Lohndumping einen Riegel vorzuschieben. Europäische Lohnleitlinien zur Begrenzung des Lohnzuwachses lehnen wir ab. Auf dieser Basis treten wir für eine aktive Lohnpolitik ein, die den Produktivitätszuwachs, einen Inflationsausgleich sowie eine Umverteilungskomponente beinhaltet. Im Rahmen des makroökonomischen Dialogs (EZB, Kommission, Rat, Tarifparteien) muss deutlich werden, dass die EU-Wirtschaftspolitik Lohnsteigerungen einkalkuliert, die mindestens den Produktivitätszuwachs und die Inflation ausgleichen sowie dem Abbau von Lohndiskriminierungen dienen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, die EU-Binnennachfrage zu erhöhen. Ferner sollte den Tarifparteien die Möglichkeit eingeräumt werden, auch auf europäischer Ebene Tarifvereinbarungen einzugehen.

2. Beschäftigungspolitik

Die PDS fordert von der EU und ihren Mitgliedstaaten, das selbst gesteckte Ziel einzuhalten, bis 2010 Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Erwerbsarbeitsplätzen und einen gestärkten sozialen Zusammenhalt zu erreichen. Uns geht es allerdings nicht um „Arbeit zu jedem Preis“, sondern um Vollbeschäftigung mit sozialem Gehalt. Qualität der Erwerbsarbeit, gesundheitsförderliche Arbeitsumwelt, soziale und tarifliche Absicherung von Erwerbsarbeitsplätzen, Existenzsichernde Einkommen, Gleichstellung der Geschlechter und Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben sind dafür wichtige Kriterien.

Beschäftigungspolitik ist vor allem auch Makropolitik. Zukünftig sollen deshalb auch die Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs-, Forschungs- und Umweltpolitik darauf orientiert werden, einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme zu leisten. Genau diese Möglichkeiten sollen im Rahmen der EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung erschlossen werden, statt europäische Beschäftigungspolitik nur auf reine Arbeitsmarktpolitik zu reduzieren.

Zusätzlich zu den bisherigen EU-Zielen zur Erhöhung der Erwerbstätigenquote muss als neues Ziel eingeführt werden, bis 2010 die Erwerbslosenquote in den Mitgliedstaaten jährlich um zehn Prozent zu senken. Denn auch wenn die von der EU angestrebte allgemeine Erwerbsquote von 70 Prozent erreicht ist, kann dies noch mit Erwerbslosenraten von vier bis sechs Prozent einhergehen, wie die Beispiele Dänemark und Schweden zeigen. Das ist mit nichten Vollbeschäftigung.

Öffentlich geförderte Beschäftigung ausweiten

Das von uns geforderte *Europäische ökologische und soziale Zukunftsinvestitionsprogramm* und parallele Anstrengungen der Mitgliedstaaten sollen dazu beitragen, dass neue Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden können.

Uns geht es vor allem um eine Erneuerung und Stärkung bürgernaher öffentlicher Dienste im Interesse der Allgemeinheit. Um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, braucht Europa eine starke öffentliche, nichtkommerzielle Informations-Infrastruktur, die die Bereitstellung hochwertiger Inhaltsangebote einschließt. Öffentliche Dienste müssen wieder gestärkt und vor allem im lokalen und regionalen Bereich – des öffentlichen Transports, der Wasserversorgung, des Gesundheitswesens, der Kultur, der Kinder- und Altenbetreuung – ausgebaut werden, damit ein gleicher Zugang für alle gewährleistet ist.

Die Sozialwirtschaft und der Dritte Sektor sind wichtige Quellen der Wohlfahrt in Ergänzung zu den öffentlichen Diensten. Die Sozialwirtschaft darf nicht zur Anpassung an Marktbedingungen gezwungen werden, weil dies überwiegend zu Lasten der Versorgung der wirtschaftlich Schwächsten geht. Wir fordern deshalb eine dauerhafte und angemessene Förderung sozialwirtschaftlicher Projekte und Initiativen, die auf neue Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) durch die EU-Strukturfonds und die Mitgliedstaaten. Erwerbsarbeitsplätze im Dritten Sektor müssen den gleichen sozialen Standards entsprechen wie in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst. Die Sozialwirtschaft und der Dritte Sektor sollten durch Sozialklauseln bei der öffentlichen Auftragsvergabe und die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf ihre Dienstleistungen und Produkte gestärkt werden. Weiterhin setzen wir uns für den Ausbau der Förderung von Existenzgründungen und kleinen und mittleren Unternehmen ein, sofern diese umweltgerechte innovative Produkte und Dienstleistungen bereitstellen.

Der Arbeit ein menschliches Maß geben

Die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse haben das Problem der Erwerbslosigkeit nicht gelöst und bislang vor allem negative Folgen für die Beschäftigten wie höheren Arbeitsdruck, mehr Stress und gesundheitliche Belastungen, mehr Zeit- und Leiharbeit oder Scheinselbständigkeit mit sich gebracht.

Die PDS wirbt für eine Politik, die der Erwerbsarbeit ein menschliches Maß gibt. Die Politik der Europäischen Union muss dazu beitragen, eine zeitgemäße Neubestimmung des Normalarbeitsverhältnisses vorzunehmen und durchzusetzen. Dies beinhaltet einen neuen Arbeitszeitstandard und eine sozial nachhaltige Arbeitsorganisation. Es geht um Qualität der Erwerbsarbeit, die persönlichkeitsfördernde Arbeitsinhalte, die Stärkung kollektiver Mitbestimmungsrechte, auskömmliche Entlohnung und einen ganzheitlichen, vorsorgenden und auf der Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger basierenden Arbeits- und Gesundheitsschutz einschließt.

Die PDS fordert einen neuen europäischen Arbeitszeitstandard, der folgenden Elementen Rechnung trägt:

- Schutz vor überlangen Arbeitszeiten (Absenkung der Höchstarbeitszeit in der EU-Arbeitszeitrichtlinie von 48 auf 40 Stunden bis 2010);

- allgemeine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit: ihre schrittweise Absenkung durch Verankerung einer europäischen Standard-Jahresarbeitszeit und eines europäischen Standard-Arbeitstages in der EU-Arbeitszeitrichtlinie bis 2010;
- Förderung substanzieller, geschützter Teilzeitarbeit (15 bis 25 Wochenstunden) und Abschaffung steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtlicher Anreize und Sonderregelungen, die befristete, prekäre und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse begünstigen;
- Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeit: die EU-Mitgliedstaaten sollen bis 2007 Voll- und Teilzeitarbeit in Bezug auf Stundenlöhne, Sozialleistungen, Karrierechancen, Bildung, Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen gleichstellen.

Die Mitgliedstaaten sollten darüber hinaus eine verbindliche Vorgabe vereinbaren, die Zahl der Überstunden bis 2007 zu halbieren. Ein neuer europäischer Arbeitszeitstandard wäre ein wichtiger Anreiz, um Arbeitsumverteilung und Neueinstellungen in bedeutsamem Ausmaß zu fördern. Drastische Arbeitszeitverkürzung ist nach wie vor eines der Hauptinstrumente, um die Humanisierung der Erwerbsarbeit voranzubringen und der Massenerwerbslosigkeit entgegenzuwirken.

Die PDS fordert weiterhin, bis dahin einen Einstieg zur gezielten Förderung des lebensbegleitenden Lernens vorzunehmen. Das heißt, die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, für alle Personen über 25 Jahre einen gesetzlich garantierten Anspruch auf zwei Jahre Fort- und Weiterbildung bei fortlaufendem Beschäftigungsverhältnis einzuführen. Im beschäftigungspolitischen Teil der EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind Indikatoren zur Qualität der Erwerbsarbeit zu entwickeln.

Die von der Europäischen Kommission derzeit betriebene „Vereinfachung“ des EU-Rechts zu Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz darf nicht in eine Absenkung des Schutzniveaus münden. Vielmehr muss es um eine Straffung des existierenden EU-Rechts im Sinne eines ganzheitlichen und vorsorgenden Konzepts gehen. Die PDS fordert jeweils eine Rahmenrichtlinie zur Ergonomie (Vorbeugung von Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems), zur Vorbeugung gegen psycho-soziale Risikofaktoren (Stress, Mobbing etc.) und zu Umweltfaktoren (Chemie, toxische Stoffe etc.). Weiterhin fordern wir eine europäische Harmonisierung der Systeme zur Deklaration und Anerkennung von Berufskrankheiten.

Die Beteiligungsrechte Europäischer Betriebsräte sind bei der Novellierung der Eurobetriebsräterichtlinie umfassend auszubauen.

Alternative Arbeitsmarktpolitik

Die PDS lehnt eine „Arbeitsmarktreform“ ab, die auf verstärkter Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie einschneidenden Leistungskürzungen beruht. Die von der EU befürwortete „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ hat sich bisher als ungeeignet erwiesen, die Ausbreitung von Armut, sozialer Ausgrenzung und die Abhängigkeit von sozialstaatlichen Leistungen zurückzudrängen.

Die PDS fordert stattdessen eine sozial befähigende aktive Arbeitsmarktpolitik, die Jugendlichen, Langzeiterwerbslosen und anderen marginalisierten Gruppen von Erwerbslosen eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung bietet. Bis 2010 sollte der Anteil der Ausgaben der Arbeitsverwaltungen für aktive Maßnahmen qualifizierter Aus- und Weiterbildung oder zukunftsfähiger Umschulung auf 50 Prozent ihres Gesamtbudgets erweitert werden. Für erwerbslose Jugendliche und Langzeiterwerbslose sollte eine anschließende Arbeitsplatzgarantie von mindestens 12 Monaten nach dem erfolgreichen Abschluss solcher Maßnahmen eingeführt werden.

Präventive Arbeitsmarktpolitik erfordert zudem, die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, Ausbildung und Beruf, Freistellungszeiten, Karriereunterbrechungen, Weiterbildung und Beruf sowie zwischen Beruf und Rente möglichst reibungsfrei zu gestalten. Die Mitgliedstaaten sollten sich deshalb das Ziel setzen, individuelle Freistellungsansprüche zu erweitern und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern. Projekte zur Jobrotation müssen auf breiter Basis initiiert

werden, um die Integration von Jugendlichen und Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt zu fördern.

3. Sozialpolitik

Die PDS fordert, dass der Bewahrung und Weiterentwicklung der Kernelemente des europäischen Sozialstaatsmodells bei der Umsetzung europäischer Politik höchste Priorität eingeräumt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Personen, die dauerhaft in Europa leben, einen garantierten Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen, sozialen Schutz und Wohlfahrt sowie demokratische Partizipation haben.

Die EU-Mitgliedstaaten sind stets versucht, durch den Abbau von Sozialleistungen Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Um die Gefahr eines verstärkten Sozialdumpings in der erweiterten Europäischen Union künftig zu unterbinden, schlägt die PDS die Vereinbarung eines *sozialen Stabilitätspakts* vor. Dieser baut auf der einfachen Tatsache auf, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau eines Landes (gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) und seiner Sozialleistungsquote (dem Anteil der gesamten Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) gibt.

Im Rahmen eines sozialen Stabilitätspakts würden zunächst die Sozialleistungsquoten der 25 EU-Mitgliedstaaten erfasst und jeweils Länder mit ähnlicher Sozialleistungsquote in einer Gruppe („Korridor“) zusammengefasst. Eine Abweichung vom Ausgangswert nach unten hätte für die betroffenen Länder ein Konsultationsverfahren und gegebenenfalls Sanktionen zur Folge. Ein Abweichen nach oben wäre jederzeit möglich und würde ein Anheben des Korridors bewirken. Auf diese Weise würde die soziale an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt. Die schwächer entwickelten Volkswirtschaften in der EU würden durch diese Form der sozialpolitischen Regulierung nicht überfordert. Je mehr sie im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau aufschließen, umso mehr werden sich die Sozialleistungsquoten in der EU annähern. Den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten wird dadurch der Weg zum Sozialdumping (unterdurchschnittliche Sozialleistungsquoten im Vergleich zum Einkommensniveau) verschlossen.

Im Rahmen der EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung muss die Union künftig quantitative und qualitative sozialpolitische Vorgaben setzen, zum Beispiel zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer sozialen Grundsicherung, zu europäischen Mindestlohnstandards, zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Wohnungslosigkeit und Analphabetismus. Die Mitgliedstaaten müssen im Rahmen dieses Verfahrens zu konkreten Maßnahmeprogrammen verpflichtet werden können.

In Europa ist die Lebenserwartung von Frauen und Männern erfreulicherweise kontinuierlich gewachsen und steigt weiter. Daraus ergibt sich allerdings ein erhöhter Bedarf an Pflege für Personen in hohem und sehr hohem Alter. Derzeit wird dieser in den Ländern der EU nicht gedeckt. Daher fordern wir, dass der Anteil an ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen in sieben Jahren um 20 Prozent erhöht wird. Darüber hinaus ist die von der EU beschlossene Richtlinie „Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (Richtlinie 2000/78/EG) im Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten umzusetzen. Ausnahmen, wie sie beispielsweise für Kirchen gelten, sind abzuschaffen.

Die PDS kritisiert scharf den Grundtenor der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Rentenpolitik und des Gesundheitswesens, der auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, auf eine kurzfristige „Kostendämpfungspolitik“ in den gesetzlichen Rentensystemen und Krankenversicherungen sowie auf eine Ausweitung der Pflicht zur privaten Vorsorge zielt.

Die Renten- und Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich. Deshalb kann sich die Zusammenarbeit auf EU-Ebene nur an grundsätzlichen Leitbildern orientieren, die die Funktionen der jeweiligen Systeme betreffen. Die PDS fordert, dass Rentensysteme in der EU Altersarmut vollständig verhindern müssen. Die europäische Zusammenarbeit im Be-

reich der Rentenpolitik ist auf die Stärkung der solidarischen Sozialversicherungs-Rentensysteme durch mehr Umverteilung auszurichten. Auch sollen die Mitgliedstaaten den Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen, wenn sie die Reform ihrer Rentensysteme in Angriff nehmen. Hier gilt es zu vermeiden, dass die Rentenansprüche von Frauen und Männern gefährdet werden, die sich zum Zweck der Kinderbetreuung beurlauben lassen.

Die PDS lehnt die Forderung der wirtschaftsnahen Lobbyverbände nach „Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Gesundheitsdienste und -produkte“ und „mehr Wahlleistungen für die Patienten“ ab. Gesundheit darf keine Ware sein. Ein EU-Binnenmarkt für Gesundheitsdienste und -produkte erzeugt durch die ihm zugrunde liegende Logik der Konkurrenz unweigerlich Spannungen, die den gleichen Zugang aller zu einer hohen Qualität der Versorgung untergraben. Die PDS fordert stattdessen, das „EU-Aktionsprogramm zur öffentlichen Gesundheit“ (2003 bis 2008) zum Angelpunkt der offenen Koordination im Gesundheitswesen und der Altenpflege zu machen. Es setzt auf Gesundheitsförderung, den Ausbau von öffentlicher und individueller Prävention und Vorsorge, die Verbesserung der Qualität der Leistungen des Gesundheitswesens und die Bekämpfung sozialer Ungleichheit als Ursache gesundheitlicher Problemlagen.

Die WHO weist darauf hin, dass bis zu 80 Prozent der Krebserkrankungen und bis zu 50 Prozent der Herz-Kreislauf-Erkrankungen durch verbesserte Prävention verhindert werden könnten. Das gilt auch für HIV und AIDS, so dass die EU-Gesundheitspolitik die UN in ihrem Engagement gegen die weitere Ausbreitung von HIV und AIDS und für eine ausreichende medikamentöse Versorgung HIV-Infizierter und an AIDS Erkrankter unterstützen sollte. Auch in anderen Bereichen haben Gesundheitsförderung und Prävention ein hohes Potenzial zur Kosteneinsparung. Ein verbesserter Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz könnte bei den Gesundheitskosten Einspareffekte von bis zu 25 Prozent erzielen. Diese Potenziale gilt es durch eine integrierte öffentliche Gesundheitsstrategie zu erschließen, statt kurzfristig die Axt an die Versicherungsleistungen zu legen.

4. Ökologischer Strukturwandel

Das Hauptziel des EU-Binnenmarktes ist bislang ein deutlich erhöhtes Wirtschaftswachstum durch mehr Wettbewerb und möglichst niedrige Produktionskosten nach betriebswirtschaftlicher Logik. Soziale, ökologische und gesundheitliche Folgekosten dieser Liberalisierungspolitik werden verschwiegen und der Öffentlichkeit aufgebürdet.

Die PDS fordert deshalb einen Strategiewechsel im Binnenmarkt hin zu sozial-ökologischen Strukturreformen im Rahmen einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie. Der Wettbewerb muss zu volkswirtschaftlicher Effizienz beitragen und so gestaltet werden, dass er dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung förderlich ist. Im Zentrum steht dabei eine moderne Politik zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und des ökologischen Wirtschaftens mit dem Ziel, einen höheren regionalen Beitrag der Versorgung mit Energie, Lebensmitteln, Freizeit, Kultur, Tourismus, Verkehr etc. zu erreichen. Dies würde auch die EU-Binnenwirtschaft stärken und sie ausgewogener entwickeln sowie den Fernverkehr reduzieren.

Die EU hat sich zur Umsetzung des Kyoto-Abkommens zum Klimaschutz verpflichtet. Die PDS begrüßt dies als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, dem nun weitere folgen müssen. Die EU muss sich langfristig dazu verpflichten, bis 2050 den Energieverbrauch um zwei Drittel, die CO₂-Emissionen um 80 Prozent und die Stoffströme um 90 Prozent zu reduzieren. Im Rahmen einer integrierten EU-Nachhaltigkeitsstrategie müssen für jeweils zehn Jahre verbindliche zeitliche Zwischenziele gesetzt und zusätzlich Umweltrichtwerte zur Belastung von Gewässern und Böden vereinbart werden.

Dabei geht es der PDS um

- die Durchsetzung geschlossener Stoffkreisläufe durch ein gezieltes Stoffstrommanagement (Wasserverwertung in der Industrie, Recyclingverfahren bei Lackierungen und Reinigungsanlagen, Abfall-, Entsorgungs- und Aufbereitungswirtschaft etc.);
- die Steigerung der Energieeffizienz;
- die Reduzierung des Energieverbrauchs für Heizung und Mobilität;
- die Förderung erneuerbarer Energieträger;
- den verstärkten Einsatz produktionsintegrierter Umweltschutztechnologien zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz;
- den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt in Natur und Landschaft;
- die Verbesserung des ökologischen und hygienischen Zustands der Gewässer.

Der damit entstehende Innovationsdruck wird neue Produkte und Dienstleistungen entstehen lassen, die dazu beitragen, das Nachfrageproblem der EU-Volkswirtschaften zu entschärfen. Sozial-ökologische Strukturreformen im Binnenmarkt stärken daher gleichzeitig das Innovationspotenzial der Wirtschaft, den Aufbau von Arbeitsplätzen, eine Konsumwende und schaffen neue Märkte durch ein Angebot an umweltgerechteren Produkten und Dienstleistungen.

Europäische Energiewende einleiten

Die PDS setzt sich für einen klaren Strategiewechsel im Energiebinnenmarkt der EU ein. Bisher geht es in diesem Bereich um grenzüberschreitenden Handel mit möglichst billigen Energieträgern (Elektrizität und Gas) durch Wettbewerb und Kostensenkungen bei den Erzeugern, aufbauend auf einem gesamteuropäischen Verbundsystem. Es ist offensichtlich, dass diese Konzeption die umweltpolitisch gebotene drastische Senkung des Energieverbrauchs und damit der klimaschädlichen Emissionen nicht fördert.

Deshalb fordern wir:

- die Ausrichtung auf eine dezentralisierte Energieerzeugung (und möglichst Selbstversorgung von Gebäuden, wie zum Beispiel Null-Energiehäuser, Passiv Solarhäuser etc.) auf Grundlage erneuerbarer Energien;
- die maximale Ausschöpfung von Energiesparpotenzialen unter anderem durch Energiedienstleistungen (Wärmedämmung, Mindesteffizienzstandards zur Verbrauchsminderung bei Maschinen und Geräten etc.);
- die Entflechtung der Oligopole bei den Erzeugern und Netzbetreibern;
- den Aufbau einer demokratischen Energieaufsicht und -regulierung;
- die Stärkung der Spielräume für eine kommunale Energieversorgung;
- einen Wettbewerb um die maximale Energieeinsparung sowie umweltgerechte Erzeugung und Verteilung von Energie zu fairen Preisen.

Unverhältnismäßig hohe Rabatte an die von Energiekonzernen besonders umworbenen Großkunden werden bislang gerade in diesem Bereich durch überhöhte Preise für die überwiegende Mehrheit der Verbraucher finanziert. Der angeblich preissenkende Wettbewerb zwischen den Anbietern findet für private Verbraucher mit ihrem zwangsläufig geringen Markteinfluss praktisch nicht statt. Die PDS setzt sich für Wettbewerbsregulierungen auf der Erzeuger- und der Verteilerebene ein, damit Kleinverbraucher nicht weiterhin benachteiligt werden.

Die PDS sieht in der Verankerung eines Energiekapitels im Verfassungsentwurf des Konvents eine wichtige EU-vertragsrechtliche Neuerung. Sie wird sich für ein europäisches Rahmengesetz über Energiedienstleistungen einsetzen, das die Mitgliedstaaten zur flächendeckenden Umsetzung des Konzepts der Integrierten Ressourcenplanung (Vorrang der Einsparung von Energie vor Kraftwerksneubau) veranlasst sowie finanzielle Anreize für die Nutzung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz setzt. Die Mitgliedstaaten müssen ferner

dazu angehalten werden, bei der Umsetzung der Richtlinie über erneuerbare Energien Regelungen zur Einspeisung und zur Kennzeichnung des Stroms zu erlassen.

Die PDS fordert den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, die Beendigung des Exports von AKW und AKW-Technik, die Einstellung des Betriebs atomarer Wiederaufbereitungsanlagen und den Stopp von damit verbundenen Atommülltransporten. Da der Euratom-Vertrag nicht Bestandteil des EU-Verfassungsentwurfs des Konvents ist, muss er 2007 auslaufen. Die PDS tritt dafür ein, dass so schnell wie möglich eine Revisionskonferenz zum Euratom-Vertrag einberufen wird. Die beträchtlichen Fördermittel für Atomforschung müssen zur Förderung alternativer Energien umgewidmet werden. Lediglich Programme für die Aufrechterhaltung des atomtechnischen Know-hows für die Demontage von AKW und die sichere Lagerung des angefallenen Atommülls sollen aufrechterhalten werden.

Verkehrswende sicher, sozial und ökologisch gestalten

Wir streben eine sichere, umweltgerechte, komfortable und zügige Mobilität für alle Menschen an und unterstützen partnerschaftliches Denken und Handeln im Straßenverkehr. Das kann nur erreicht werden, indem der öffentliche Personenverkehr staatlich finanziert, verbilligt und ausgebaut wird, statt privatisiert, abgebaut und verteuert zu werden. Wir wenden uns gegen die Benutzung der Autostraßen als rollende Lager der Großkonzerne und -speditionen sowie gegen die rücksichtslose „Freie Fahrt für freie Bürger“-Mentalität der Konservativen. Die PDS unterstützt die Entwicklung einer gesamteuropäischen Verkehrspolitik, bei der Verkehrsplanung und Umweltbelange gleichberechtigt behandelt werden. Wir streben die Verbindung zwischen Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, geringem Energie- und Flächenverbrauch sowie einer Senkung der Schadstoffemissionen und Lärmimmissionen an. Die Nutzung umweltfreundlicher, wenig lärmender und verschmutzender Verkehrsarten sollte steuerlich gefördert werden.

Wir werden uns im Europäischen Parlament einsetzen für:

- die Entkoppelung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum,
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere durch das Einhalten und den Ausbau von Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer, die Verbesserung der Sicherheitsausstattung von LKW sowie betrieblich finanzierte Fortbildung der LKW-Fahrer – jeder Verkehrstote ist einer zuviel
- die Förderung integrierter Verkehrssysteme mit Schwerpunkt der Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene,
- die Einführung einer Schwerlastabgabe für LKW in allen Mitgliedstaaten,
- die Wegekostenanlastung nach dem Verursacherprinzip,
- die Einführung neuer Verkehrstechnologien, -systeme und -leittechnik,
- die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, insbesondere durch besseres Management, neue Technologien und Vermeidung von Leerfahrten.

Darüber hinaus fordern wir die Koordinierung der nationalen Bahnsysteme bis hin zur Bildung einer Europäischen Bahngesellschaft in öffentlicher Trägerschaft. Dabei muss sichergestellt werden, dass nicht das Prinzip der Gewinnerzielung und -optimierung, sondern der raumplanerische Aspekt der regionalen Eisenbahnanbindung gewährleistet wird. Zudem spricht sich die PDS für die Gründung einer Europäischen Agentur für Verkehrssicherheit aus.

Die PDS tritt insbesondere dafür ein, dass der Prozess der Deregulierung und Privatisierung im Öffentlichen Nahverkehr gestoppt wird. Wir wollen, dass es keine generelle europäische Ausschreibungspflicht für diese Leistungen gibt, sondern dass nach dem Subsidiaritätsprinzip durch die Verantwortlichen der Kommunen und des Nahverkehrs selbst entschieden wird.

Der Anschluss und die Integration der Verkehrssysteme Mittel- und Osteuropas wird eine gewaltige materielle Kraftanstrengung seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten erfordern. Deshalb

sind wir dafür, das gegenwärtige Instrument zur Finanzierung der Infrastrukturentwicklung in den Beitrittsländern (ISPA) auch im Finanzierungszeitraum 2007 bis 2013 beizubehalten.

Umweltverträglich produzieren, Abfälle vermeiden

Die PDS setzt sich dafür ein, dass sowohl die Produktionsprozesse als auch die Produkte selbst umweltverträglich gestaltet werden. Dafür muss die EU erstens den produktionsintegrierten Umweltschutz im Binnenmarkt durch ein europäisches Rahmengesetz voranbringen. Zweitens gilt es, das geplante europäische Rahmengesetz zur Integrierten Produktpolitik (IPP) schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Es darf nicht auf „freiwillige Selbstverpflichtungen“ der Industrie setzen, sondern muss verbindliche Vorgaben zur Minimierung schädlicher Umweltauswirkungen von Produkten enthalten, Umweltziele schon bei der Konzipierung von Produkten festlegen sowie die Pflicht der Hersteller konkretisieren, Verbraucherinnen und Verbrauchern umfassende und wahrheitsgetreue Produktinformationen zu geben. Die allgemeinen Anforderungen des IPP-Rahmengesetzes müssen anschließend durch branchen- oder produktgruppenspezifische Regelungen untersetzt werden. Ergänzend muss ein europäisches Gesetz zur ökologischen Produktverantwortung verabschiedet werden, das die Verantwortung des Herstellers für das Produkt über den ganzen Lebenszyklus einschließlich der Entsorgung regelt.

In diesem Zusammenhang begrüßt die PDS die Initiative der Europäischen Kommission zu einer neuen Chemikalienpolitik. Die Kommission will mit einer neuen EU-Richtlinie ein System zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von chemischen Stoffen (Reach) einführen. Die genaue Zahl der von der chemischen Industrie bisher auf den Markt gebrachten Substanzen ist unbekannt, Schätzungen reichen von 20.000 bis 70.000. Für die meisten von ihnen gibt es keine Daten bezüglich ihrer Giftigkeit (Toxizität). Sowohl die Menge als auch die Vielfalt der von der Industrie vermarkteten Substanzen wächst schnell und beständig. Ihre Anreicherung in der Umwelt vergrößert das Risiko schädlicher Auswirkungen für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme.

Die PDS fordert, vor allem vier Ziele in der neuen Chemikalienpolitik zu verankern:

- die Umkehr der Beweislast bei neuen Substanzen (die Hersteller müssen zweifelsfrei nachweisen, dass neue Substanzen in Endprodukten keine Schäden für Mensch und Umwelt hervorrufen können);
- die Verpflichtung, innerhalb kurzer Frist Produktion und Vermarktung von Substanzen einzustellen, die sich im Menschen oder in der Umwelt anreichern oder die den Hormonhaushalt schädigen;
- die umfassende Informationspflicht über Produktion und Verwendung der Substanzen, einschließlich der Zusammensetzung von Produkten, gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern, Beschäftigten sowie Weiterverarbeitern und Handel;
- die Regelung, dass in die EU importierte chemische Substanzen und Produkte den gleichen Sicherheitsstandards unterliegen wie innerhalb der EU hergestellte.

Außerdem muss gesichert werden, dass kleine und mittlere Unternehmen finanzielle Hilfen für die Bewältigung dieser Aufgaben erhalten. Die PDS fordert weiterhin, dass die im Rahmen von Reach bis 2020 durchzuführenden Evaluierungen der bislang im Verkehr befindlichen Substanzen so weit wie möglich ohne Tierversuche erfolgen und alternative Testverfahren ausgebaut werden.

Die EU braucht darüber hinaus eine Abfallstrategie, die eine klare Hierarchie verankert: Vermeidung vor Wiederverwendung vor Wiederverwertung (Recycling) vor Deponierung. Dies beinhaltet einen schrittweisen Ausstieg aus der Müllverbrennung und der so genannten „energetischen Wiederverwertung“ (Müllverbrennung plus Erzeugung von Strom/Heizenergie), sofern es sich nicht um Abfälle aus reiner Biomasse handelt. Insbesondere in der EU-Verpackungsrichtlinie sind die Gleichstellung von energetischer Wiederverwertung, Verbrennung und stofflichem Re-

cycling als Entsorgungsmethoden aufzuheben und die Zielquoten für Wiederverwendung und Recycling heraufzusetzen.

Gewässer schützen, biologische Vielfalt fördern

Die PDS hält für den Schutz der Gewässer sowie für den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt in Natur und Landwirtschaft Folgendes für erforderlich:

- die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- die Verhinderung bzw. Reduzierung von Belastungen der Meere durch höhere Anforderungen an die Schiffskonstruktion, die Sicherheit des Seeverkehrs und der Schiffsabfallentsorgung,
- die konsequente Knüpfung des Netzes „Natura 2000“,
- die Stärkung und den Ausbau der Förderinstrumente für den Schutz von Natur und Landschaft (Fortführung des Programms LIFE Nature, Programm für FFH- und Vogelschutzgebiete).

5. Öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge

Die PDS setzt sich dafür ein, dass die EU dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem diskriminierungsfreien Zugang aller zu Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge höchsten politischen Vorrang einräumt.

Die PDS begrüßt, dass infolge der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterey und dem Rio+10-Gipfel in Johannesburg eine internationale Diskussion über globale öffentliche Güter eingeleitet worden ist. Sie unterstützt die Initiativen, die sich mit dem Konzept der Globalen Öffentlichen Güter und ihrer Finanzierung befassen. Die PDS fordert, dass sich die EU diesen Initiativen anschließt. Für den EU-Raum muss eine Konzeption *Europäischer Öffentlicher Güter* entwickelt werden, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinausreicht. Dieses Konzept soll auch die Frage einschließen, wie diese Güter durch Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig und verteilungsgerecht erhalten und erschlossen werden können.

Zugleich sehen wir sehr kritisch, dass vormals öffentliche Dienstleistungen – Energie, Post, Telekommunikation, Bahn – über den Hebel des EU-Binnenmarktes in der Vergangenheit dereguliert und liberalisiert wurden. Deren Funktion für die Förderung einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Entwicklung wird in Frage gestellt. Statt aus den Erfahrungen zu lernen, forciert die Europäische Union diese Politik noch und vernachlässigt dabei soziale, ökologische und gesundheitliche Belange. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sollen hinter den Interessen privater Versorgungsunternehmen zurückstehen. Die Existenz der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Mitgliedstaaten ist dadurch in ihrer Substanz bedroht.

Wir sagen: Politik muss im gesamtgesellschaftlichen Interesse handeln. Die Gewährleistung allgemeiner Versorgungssicherheit zu sozial verträglichen Konditionen, gleicher Zugang aller zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, hohe Servicequalität, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, demokratische Kontrolle und Partizipation müssen Priorität für die europäische Politik im Bereich der Daseinsvorsorge haben. Wir wenden uns ausdrücklich gegen Bestrebungen in der EU, eine öffentliche Ausschreibungspflicht für kommunale und regionale Leistungen der Daseinsvorsorge vorzuschreiben und die Liberalisierung weiterer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser- und Abwasserwirtschaft, ÖPNV und öffentliche Sparkassen durchzusetzen. Die PDS fordert ein sofortiges Ende für alle weiteren Liberalisierungsprojekte.

Die PDS unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments nach einem EU-Rahmengesetz zu Diensten von allgemeinem Interesse. Öffentliche Daseinsvorsorge muss nach unserer Überzeugung vor allem folgende Ziele gewährleisten:

- universeller, gleicher Zugang für alle,
- flächendeckende Versorgungssicherheit, territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und unter gleichmäßigen qualitativen Bedingungen,
- sozial verträgliche Gebühren für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen oder Einkommensschwache und Kampf gegen soziale Benachteiligungen,
- Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und Abbau regionaler Ungleichgewichte,
- objektive Prüfung der Effizienz und Effektivität der Dienste und eines hohen Niveaus an Verbraucherschutz, demokratische Kontrolle und Transparenz,
- Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten,
- demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Nutzerinnen und Nutzer der Dienste bei ihrer Gestaltung und Ergebnisbewertung,
- Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für die Definition und den Zuschnitt der Dienste.

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge ist zu sichern, dass ökologische, soziale, frauen- oder beschäftigungspolitische Auflagen nicht als Wettbewerbsverzerrung sanktioniert werden. Staatliche Beihilfen, die es den Diensten ermöglichen sollen, ihren gemeinwohlorientierten Verpflichtungen nachzukommen, dürfen nicht durch das EU-Wettbewerbsrecht ausgeschlossen werden.

Zugleich halten wir es für dringend erforderlich, die EU-Transparenzrichtlinie grundlegend zu überarbeiten: Private Unternehmen, die Dienste von allgemeinem Interesse erbringen, müssen voll in die Offen- und Rechnungslegungspflichten einbezogen werden.

Die PDS fordert schließlich eine Überarbeitung der EU-Richtlinie zur öffentlichen Auftragsvergabe. Die Vergabe darf nicht ausschließlich an das Kriterium des niedrigsten Preises gebunden werden. Vielmehr ist das beste wirtschaftliche Angebot nach gesamtwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kriterien zu definieren. Die Mitgliedstaaten müssen die Möglichkeit haben, in diesem Sinne weitergehende Auflagen festzulegen: zum Beispiel zur Integration von Behinderten, Langzeiterwerbslosen und Jugendlichen, zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, des territorialen Zusammenhalts und raumplanerischer Gesichtspunkte, zur Einhaltung von Tarifverträgen oder auch ökologischer Kriterien. Das Aufsplitten eines öffentlichen Auftrags auf Subunternehmer muss begrenzt werden. Vor der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist vertraglich abzusichern, dass der Hauptauftragnehmer die volle Verantwortung für alle Auflagen übernimmt und bei eventuellen Verstößen der Subunternehmer auch finanziell uneingeschränkt zur Haftung herangezogen werden kann. Der Hauptauftragnehmer soll eine Nachweispflicht auch in Bezug auf die Erfüllung der Auflagen durch die Subunternehmer erhalten.

6. Struktur- und Regionalpolitik

Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist ein unverzichtbarer Grundgedanke der Europäischen Union. Gerade in der erweiterten EU wird es großer Anstrengungen bedürfen, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern.

In den vergangenen Jahren hat sich die Union besonders dem Ziel verschrieben, Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen abzubauen und dabei speziell den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Trotz des Einsatzes erheblicher Mittel konnte dieses Ziel bisher nur sehr eingeschränkt realisiert werden. Nach wie vor gibt es große Unterschiede in der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch unter den Regionen. Durch die Erweiterung der Union werden sich die Abstände weiter vergrößern. Bereits heute besteht ein erhebliches Wohlstandsgefälle selbst innerhalb einzelner Mitgliedstaaten. Das trifft auch auf die Bundesrepublik zu. Unter den zehn

reichsten Regionen der EU befinden sich fünf (west)deutsche Regionen, aber alle neuen Bundesländer gehören zur Gruppe der ärmeren Regionen in Europa.

Angesichts dieser Herausforderungen setzt sich die PDS dafür ein, dass neue Wege beschritten werden, um die Reichtums- und Entwicklungsunterschiede in der Union deutlich zu verringern. Die PDS will, dass die Förderungswürdigkeit einer Region in der Struktur- und Regionalpolitik künftig nicht länger allein vom Kriterium des erreichten Bruttoinlandprodukts pro Kopf der Bevölkerung abhängig gemacht wird. Berücksichtigt werden müssen auch:

- die Nachhaltigkeit der Entwicklung,
- die Höhe der Arbeitslosigkeit,
- die Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter,
- das Niveau von Armut und sozialer Ausgrenzung,
- die Industrialisierungsquote,
- die Entwicklung des Umweltschutzes,
- die Zahl der Ausbildungsplätze,
- das Forschungs- und Entwicklungspotenzial,
- die Angebote für öffentliche Dienstleistungen wie öffentlicher Nahverkehr, Post, Energie, Wasser- und Abwasserversorgung.

Mit den aus den EU-Strukturfonds bereitgestellten Mitteln muss gezielt eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der Regionen unterstützt werden. Auch dürfen bisher geförderte Regionen wie Ostdeutschland nicht allein deshalb aus der Förderung herausfallen, weil mit der Erweiterung der Union noch sehr viel ärmere Gebiete hinzukommen. Die PDS schlägt deshalb vor:

1. Regionen der erweiterten EU mit Entwicklungsrückstand, die über ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bis zu 75 Prozent des EU-Durchschnitts verfügen, sollten wie bisher die höchste Förderstufe (Ziel-1-Status) erhalten; Ziel-1-Regionen der bisherigen EU (EU-15), die bei der Erweiterung allein aufgrund des statistischen Effekts aus der Förderung herausfallen würden, sollten dadurch aber nicht schlechter gestellt werden.
2. Ziel-1-Regionen der EU-15, die am Ende der laufenden Förderperiode aufgrund ihrer positiven Entwicklung die Ziel-1-Schwelle überschreiten, sollten eine Übergangsförderung erhalten.
3. Die Unterstützungen für Umstellungsregionen (Ziel-2) und für sozial benachteiligte Gruppen (Ziel-3) müssen erhalten bleiben, da sie ein wesentliches Instrument zur Gestaltung des Angleichungsprozesses benachteiligter Regionen sind.
4. Der Einsatz von Mitteln aus den Fonds ist so zu koordinieren, dass sie zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und zur Schaffung und Sicherung dauerhafter Erwerbsarbeitsplätze führen. Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere für benachteiligte Gruppen, sollten mit der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung eng verzahnt werden.
5. Mitgliedsländer, die ihnen zur Verfügung gestellte Mittel nicht fristgemäß abrufen, sollten den Anspruch darauf verlieren. Nicht in Anspruch genommene Gelder sollten auf diejenigen Länder und Regionen umverteilt werden, die einen fristgemäßen Mitteleinsatz gewährleisten.
6. Regionen, die europäische Strukturfondsmittel erhalten, sollten die Möglichkeit haben, einen höheren Anteil an nationaler Förderung flexibler einzusetzen, wenn diese etwa für Beihilfen für die berufliche Weiterbildung von Personal bzw. für die Wiedereingliederung von Erwerbslosen bzw. zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen verwandt werden.

7. Bei der Pflicht zur europaweiten Ausschreibung von Aufträgen soll der Schwellenwert für Projekte im Bereich der Daseinsvorsorge heraufgesetzt werden, um den Einsatz regionaler Betriebe und damit die heimische Wirtschaft gezielt fördern zu können.

Die PDS unterstützt darüber hinaus eine Politik der zielstrebigem Entwicklung der Euro-Regionen, um bestehende Defizite in der grenzüberschreitenden Infrastruktur zu beseitigen, Unternehmenskooperationen über Ländergrenzen hinweg zu fördern, zur Stabilisierung des regionalen Arbeitsmarktes beizutragen und um das Angebot an Kultur- und Bildungsleistungen zu verbessern. Dabei setzen wir besonders auf die Zusammenarbeit von Verwaltungen, Wirtschaftskammern und Gewerkschaften. Die PDS setzt sich für eine Regional- und Strukturpolitik ein, in deren Mittelpunkt die Entwicklung der angestammten und traditionellen Stärken und Potenziale einer Region steht. Darüber hinaus muss es aber auch das Ziel einer wirksamen Regionalpolitik sein, durch planmäßige staatliche Intervention zu einer integrierten europäischen Regional- und Raumordnungspolitik zu kommen, denn nur so kann langfristig die einseitige Bevorzugung weniger Wachstumsregionen im Zentrum der EU und das gleichzeitige Zurückbleiben peripherer Gebiete verhindert werden. Dafür muss die EU-Strukturpolitik einen wichtigen Beitrag leisten.

7. Grenzregionen mit Zukunft im Erweiterungsprozess

Die Erweiterung unterwirft die Regionen beiderseits der Grenzen zu den Beitrittsländern einem enormen strukturellen Anpassungsdruck. In bestimmten Branchen und Teilbereichen der Wirtschaft der Grenzregionen können neue Problemlagen und soziale Verwerfungen eintreten. Diese Aussicht ist umso bedrohlicher, als die Grenzregionen bislang eher nach dem Prinzip eines regionalen Standortwettbewerbs agieren, anstatt eine gemeinsame solidarische Interessenpolitik gegenüber Bund, Ländern und EU zu versuchen. Zudem hat sich die Weigerung verschiedener Bundesregierungen, ein Sonderprogramm für die östlichen Grenzregionen aufzulegen, negativ auf die Entwicklung dieser Gebiete ausgewirkt. Eine strukturpolitische Flankierung des Beitrittsprozesses in den Grenzregionen ist daher dringend geboten. Nötig ist ein Sonderaktionsprogramm für die Grenzregionen mit einem ganzheitlichen Ansatz, das Nationalismus in jeder Form zurückweist, das flächendeckende Globalzuschüsse zur Umsetzung integrativer operationeller Programme der Struktur- und Regionalförderung bereitstellt. Diese Flankierung erfordert eine globale Gemeinschaftsfinanzierung, die über jene in den Bestimmungen der EU-Strukturfonds (EFRE, ESF, EAGFL) und ihre Zielgebietsdefinitionen hinausgeht. Fördermittel in den Grenzregionen müssen auch außerhalb des enger definierten geografischen Einsatzbereiches der Fonds ermöglicht werden.

Die regionalen Akteure müssen bei der Ausgestaltung der operationellen Programme mitbestimmen und mitwirken können. Im Rahmen der EU-Beihilfenkontrolle sind Freiräume zur eigenständigen Förderung der Grenzregionen zu schaffen. Das Sonderaktionsprogramm muss so angelegt sein, dass es auch nach dem Beitritt der angrenzenden osteuropäischen Staaten fortgeführt werden kann, sofern dann Sonderbelastungen und ein Anpassungsbedarf fortbestehen. Auf EU-Ebene müssten analog der Verordnung für ultraperiphere Regionen die geforderten Eigenanteile zur Kofinanzierung für Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ebenso verringert werden wie diejenigen des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die grenzüberschreitenden EU-Programme Interreg III und Phare gehören dringend vereinfacht. Auch hier ist ein erhöhter zielgerichteter Mitteleinsatz erforderlich, um grenzüberschreitende Aktivitäten besonders zu fördern.

Das von uns geforderte Sonderaktionsprogramm für die Grenzregionen kann auf Grundlage der bestehenden Euregio-Strukturen in Angriff genommen werden. Damit wollen wir nicht nur die „Standortbedingungen der gewerblichen Wirtschaft“ in den Regionen beiderseits der Grenzen verbessern, sondern eine gemeinschaftliche nachhaltige Entwicklung der Euregios erreichen. Dies erfordert nicht nur betriebliche Anpassungshilfen zum Aufbau und zur Modernisierung der

Wirtschaftsstrukturen, sondern auch die Förderung von Umweltschutzinvestitionen, von Projekten des ökologischen Landbaus und naturnaher bäuerlicher Wirtschaft, des Naturschutzes und einer nachhaltigen Forstwirtschaft, von lokalen Beschäftigungsinitiativen und der Sozialwirtschaft, von neuen Nachbarschaftsdiensten, von Unternehmensgründungen im Dienstleistungsbereich, vor allem bei ökoefizienten Dienstleistungen. Besonders wichtig ist die Förderung umweltverträglicher regionaler Verkehrsinfrastrukturen (mit Schwerpunkt auf Schiene, ÖPNV, Binnenschifffahrt), verkehrsvermeidender Raumplanung und Siedlungsstrukturen und entsprechend angepasster Logistikkonzepte.

8. Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Die PDS will die Entwicklung einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen, multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft. Es geht uns hierbei um:

- die Nutzung und Bewahrung der Natur als Nahrungs-, Rohstoff- und Energiequelle, das heißt um die dauerhafte Erzeugung ausreichender, qualitativ hochwertiger und sicherer Lebensmittel sowie zunehmend um die Produktion nachwachsender Rohstoffe für den „Non-Food-Bereich“ und die stoffliche Verwertung von Biomasse für die Energiegewinnung als Beiträge zur Substitution fossiler Rohstoffe und Energieträger und zum Klimaschutz;
- die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft und Artenvielfalt;
- die Pflege der in Jahrhunderten durch bäuerliche Arbeit entstandenen vielfältigen Kulturlandschaften;
- die Gewährleistung von Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dörfern;
- die Erhaltung der ländlichen Sozial- und Kulturräume.

Zur Entwicklung einer solchen Landwirtschaft, die mit ihrem hohen Nutzen für das Gemeinwohl unser aller Lebensqualität wesentlich bestimmt, bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der Agrarpolitik.

Einerseits konnte die Landwirtschaft der EU ihre Produktion durch eine kontinuierliche Erhöhung der Flächen- und Arbeitsproduktivität auf dem Weg der Intensivierung und Rationalisierung bedeutend steigern und so ein hohes Niveau des Verbrauchs an Lebensmitteln sicherstellen. Andererseits führte der hohe ökonomische Verwertungsdruck zu schwer wiegenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen. Dazu zählen insbesondere

- die Abhängigkeit der Landwirte von der vorgelagerten Chemie-, Futtermittel-, Saatgut- und Landmaschinenindustrie, der nachgelagerten Be- und Verarbeitungsindustrie, besonders von Banken und marktbeherrschenden Großhandelsketten;
- der Verlust von landwirtschaftlichen Erwerbsarbeitsplätzen, unterdurchschnittliche Einkommen bei großer Differenziertheit, die wachsende Zahl von Betrieben, die ihr Einkommen durch landwirtschaftliche Erwerbsarbeit nicht mehr sichern können (Zu- und Nebenerwerb) oder durch Mehrarbeit und Konsumtionsverzicht über Wasser gehalten werden und die massenhafte Aufgabe bäuerlicher Familienbetriebe;
- negative ökologische Folgen wie Nitrateintrag in Oberflächen- und Grundwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Artenrückgang, verarmte Fruchtfolgen, Erosion, Landschaftsverbrauch sowie Probleme des Tierschutzes wie die nicht artgerechte Haltung und Fütterung von Tieren sowie Tiertransporte kreuz und quer durch Europa;
- die fortschreitende Entfremdung der Verbraucherinnen und Verbraucher von der Landwirtschaft.

Obwohl die Gemeinsame Agrarpolitik der EU-Mitgliedstaaten (GAP) seit Jahren kritisiert wird, rückten diese gravierenden Fehlentwicklungen erst mit der BSE-Krise ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit.

Die PDS sieht das Hauptproblem der GAP in der 1992 eingeleiteten Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft auf den Weltmarkt. Die seither permanent durchgeführten „Reformen“ haben den Verdrängungswettbewerb enorm beschleunigt. Durch die stufenweise Senkung der Stützpreise sind die Landwirte gezwungen, ihre Produkte unter den Herstellungskosten zu verkaufen. Damit das überhaupt funktionieren kann, wurden sie in zunehmendem Umfang von Einkommensstützungen in Form von Direktbeihilfen aus dem EU-Haushalt abhängig gemacht. Diese können die durch das Sinken der Preise bedingten Einbußen bei den Einkommen jedoch nur zum Teil ausgleichen. Das zwingt die Landwirte bei Strafe ihres Untergangs zu immer weiterer Rationalisierung, Konzentration und Spezialisierung sowie zu Produktionsverfahren, die zum Teil mit den Erfordernissen von Umwelt und Natur, der Lebensmittelsicherheit und mit ethischen Wertvorstellungen in Konflikt geraten.

Die Luxemburger Beschlüsse des Agrarrates für eine neue GAP-Reform vom Juni 2003 sollen einige Fehlentwicklungen korrigieren. Allerdings bietet auch diese Reform keine Gewähr für die Entwicklung einer wirklich nachhaltigen, multifunktionalen Landwirtschaft. Am Kurs der Liberalisierung und der Eroberung neuer Weltmarktanteile wird festgehalten.

Unter diesen Bedingungen setzt sich die PDS in der kommenden Wahlperiode für Folgendes ein:

- Beim Umbau des Systems der Agrarförderung, der mit erheblichen Umschichtungen zwischen Betrieben und Regionen verbunden sein wird, sollten die nationalen Entscheidungsspielräume so genutzt werden, dass die Umschichtungen aus Einkommensgründen nicht abrupt, sondern als mehrjähriger Übergang erfolgen. Auch sollten Umschichtungen zwischen Bundesländern ermöglicht werden. Zugleich muss das System Planungssicherheit und einen geringeren Verwaltungsaufwand ermöglichen.
- Strukturelle Produktionsüberschüsse, die das Ergebnis einer verfehlten Förderpolitik sind, müssen als ein Erfordernis globaler Solidarität rasch abgebaut und künftig vermieden werden, weil ihr subventionierter Absatz zu Dumpingpreisen in vielen Entwicklungsländern die einheimische, nicht konkurrenzfähige Produktion von Nahrungsmitteln zerstört und damit das Recht dieser Länder auf Ernährungssouveränität untergräbt.
- Angesichts der fortschreitenden Globalisierung bedarf es eines Außenschutzes, der beim Zugang zum EU-Binnenmarkt zwischen den großen Agrarexportländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits, aber auch zwischen den keineswegs homogenen Entwicklungsländern differenziert. Ohne einen solch qualifizierten Außenschutz sind weder die subsidiäre Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe noch eine flächendeckende multifunktionale Landwirtschaft möglich.
- Bei der Integration der Beitrittsländer in die EU müssen deren in der Regel ungünstigere Ausgangsbedingungen Berücksichtigung finden. Das betrifft insbesondere das höhere volkswirtschaftliche und soziale Gewicht des Agrarsektors und der landwirtschaftlichen Arbeit, die bei einer großen Zahl der Landwirte nicht gegebene Wettbewerbsfähigkeit sowie den Rückstand in der Kapitalausstattung der Betriebe und der ländlichen Infrastruktur.

Unabhängig von der aktuellen EU-Beschlusslage steht die PDS

- für den absoluten Vorrang der Ernährungssicherung vor handelspolitischen Interessen in der EU wie in allen anderen Teilen der Welt, insbesondere jedoch in den von Hunger und Hungertod heimgesuchten Entwicklungsländern;
- für eine stabile Lebensmittelversorgung zu angemessenen Preisen überall in der EU;
- für die Garantie, dass sowohl die in der EU erzeugten als auch die importierten Lebensmittel den gesetzlichen Standards entsprechen und zugleich umweltverträglich und tierartgerecht produziert werden, dass Verfahren der integrierten Produktion und des ökologischen Landbaus zur landwirtschaftlichen Normalität werden;

- für einen umfassenden Schutz vor möglichen ökologischen, biologischen und gesundheitlichen Risiken der grünen Gentechnik und die Ausweitung der Risikoforschung, was angesichts des weltweiten Wachstums gentechnischer Produktion und der Zunahme der Importe von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zum Schutz der Landwirte und Verbraucher der EU unerlässlich ist. Da mit einem Anbau gentechnisch veränderter Organismen unkalkulierbare Gefahren für die Biodiversität verbunden sind, ihre unkontrollierte Ausbreitung auf gentechnikfreie Flächen nicht verhindert werden kann, gehören diese Organismen nicht auf die Felder der EU;
- für eine EU-Landwirtschaft, die weiterhin flächendeckend zur Wertschöpfung in den ländlichen Regionen beiträgt und Potenziale zur Diversifizierung erschließt;
- für eine Agrarförderpolitik, die es betriebswirtschaftlich lohnend macht, für Beschäftigung zuzusorgen, umweltverträglich zu wirtschaften und die Kulturlandschaft zu pflegen;
- für Chancengleichheit aller Betriebsformen und damit gegen jede Benachteiligung von Genossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen.

Wir wenden uns gegen Auffassungen, den gesellschaftlichen Stellenwert der Landwirtschaft und der Landwirte auf ihre geringen und sinkenden Anteile am Bruttosozialprodukt bzw. an der Zahl der Erwerbstätigen zu reduzieren und die öffentliche Agrarförderung generell in Frage zu stellen. Voraussetzung für eine verringerte Agrarförderung ist eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, sind gleichwertige Lebens-, Bildungs-, und Einkommenschancen für eine zwar zahlenmäßig abnehmende, aber gesellschaftlich unverzichtbare Bauernschaft.

Die PDS setzt sich für eine ganzheitliche und regional differenzierte ländliche Entwicklungspolitik ein. Das noch dominierende bürokratisch-zentralistische Politikkonzept muss durch ein Konzept der effektiven Beteiligung der ländlichen Bevölkerung an der Politik, der stärkeren Nutzung und Förderung lokaler und regionaler Initiativen ersetzt werden. Hierfür ist die Vernachlässigung der ländlichen Räume bei der Ausstattung mit EU-Mitteln zu überwinden, sind einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um wesentlich größere regionale und lokale Spielräume zu ermöglichen.

II. Die Demokratisierung der Union voranbringen

Die PDS tritt entschieden für die umfassende Demokratisierung der Europäischen Union ein. Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse auch auf europäischer Ebene beteiligen und Verantwortung übernehmen können. Für uns war und ist die umfassende Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union eine Schlüsselfrage für die Entwicklung des zusammenwachsenden Europas.

Das Demokratiedefizit in der Union hat zu einer tief greifenden Legitimationskrise der europäischen Integration geführt. Immer mehr Menschen gewinnen zu Recht den Eindruck, dass sie die europäische Politik nicht wirklich beeinflussen können. Vor allem dieser wachsenden kritischen Haltung ist es zu verdanken, dass sich die Regierungen der Mitgliedsländer den Forderungen nach Einleitung eines Verfassungsprozesses auf europäischer Ebene nicht länger verschließen konnten. Dieser Druck führte zur Ausarbeitung der Grundrechtecharta und des Entwurfs eines Vertrages über eine Verfassung für Europa. Mit der Ausarbeitung der Texte wurde jeweils ein Konvent beauftragt. Damit ist erstmals in der Geschichte der europäischen Integration die Fortentwicklung des Gemeinschaftsrechts nicht allein Regierungsvertretern überlassen worden, die die Vertragsveränderungen traditionell auf Regierungskonferenzen hinter verschlossenen Türen aushandelten. Die PDS hat diese Konventsmethode begrüßt.

Die PDS hat sich mit vielen anderen politischen Kräften und Nichtregierungsorganisationen stets dafür engagiert, das bisherige gravierende Demokratiedefizit der EU abzubauen, die demokratische Legitimationsgrundlage der EU umfassend zu stärken, das Prinzip der Gewaltenteilung auf der Ebene der Europäischen Union durchzusetzen, parlamentarische Einflussnahme und Kon-

trolle zu sichern und vor allem die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an europäischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Ungeachtet unserer Kritik und Ablehnung des Verfassungsentwurfs begrüßen wir die Aufnahme der Grundrechtecharta und die Einführung europäischer Bürgerbegehren; des Prinzips der partizipativen Demokratie, den erheblichen Ausbau der Gesetzgebungsbefugnisse des Europäischen Parlaments und die Verpflichtung des Ministerrats zu öffentlicher Gesetzgebung; die Verbesserung des Subsidiaritätsprinzips und die Stärkung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte der nationalen Parlamente.

Die Kontroverse um die Entwicklung der künftigen Gestalt der Europäischen Union – das zeigt die gescheiterte Regierungskonferenz – wird härter. Der Gefahr eines Zwei-Klassen-Europas, die sich auch in der strukturierten Zusammenarbeit einiger Staaten in der Verteidigungspolitik abzeichnet, muss begegnet werden.

Ungeachtet aller Fortschritte übersehen wir nicht, dass es aufgrund des Widerstands der Regierungsvertreter im Konvent nicht gelungen ist, mit dem Verfassungsentwurf alle demokratischen Defizite zu beseitigen. Inakzeptabel für uns ist vor allem, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), insbesondere die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), unverändert kaum parlamentarischer Einflussnahme und Kontrolle unterliegen. Die PDS tritt der Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung von Konflikten entschieden entgegen. Sie lehnt jegliche EU-Militäreinsätze uneingeschränkt ab. Darüber hinaus halten wir es für vollkommen undemokratisch und sind nicht bereit zu akzeptieren, dass selbst der Einsatz von EU-Eingreiftruppen keiner Zustimmung des Europäischen Parlaments bedarf. Die Frage von Krieg oder Frieden ist zu wichtig, als dass sie allein der Entscheidung von Regierungen überlassen werden darf.

Die PDS ist dafür, dass der neue Vertrag über eine Europäische Verfassung nicht allein per Ratifizierung durch die nationalen Parlamente in Kraft tritt. Eine Reform von solcher Tragweite, die die aus 25 Staaten bestehende Union wahrscheinlich für viele Jahre prägen wird, bedarf in allen Mitgliedstaaten, also auch in der Bundesrepublik, der direkten demokratischen Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger. Die PDS tritt deshalb für eine entsprechende Grundgesetzänderung ein, die den Weg für einen Volksentscheid über die Europäische Verfassung freimacht. Ein solcher Volksentscheid würde zudem dazu beitragen, die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den europäischen Institutionen abzubauen und der nach 50 Jahren europäischer Integration noch immer weit verbreiteten Unkenntnis über die Europäische Union entgegenzuwirken. Entscheidend aber wäre: Ein Volksentscheid würde Politikerinnen und Politiker aller Ebenen vom Bund über die Länder bis in die Kommunen zwingen, Position zu beziehen, sie konkret und öffentlich zur Wahrnehmung politischer Verantwortung in Sachen Europa verpflichten.

Die PDS hält es für unverzichtbar, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen in Planungsprozesse sowie in entscheidungsvorbereitende Aktivitäten der EU-Institutionen einzubeziehen. Wir unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission, künftig einen gezielten strukturierten Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu führen. Wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft sollte jedoch der mit beratendem Status ausgestattete Wirtschafts- und Sozialausschuss bleiben, der bereits nach geltendem Recht im Gesetzgebungsverfahren vorab gehört werden muss.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern als Grundbestandteil der Demokratie gehört für uns zu den wichtigen Zukunftsaufgaben. Wir unterstützen den Ansatz der EU-Politik, einerseits die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche zu verankern und andererseits der Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gezielt entgegenzuwirken. Die Mitgliedstaaten müssen verbindlich verpflichtet werden, Programme zur Gleichstellung und Frauenförderung mit konkreten Zielvorgaben und Sanktionen

bei Nichteinhaltung in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst einzuführen und zu verbessern, die den Einsatz von Frauen in Managementfunktionen, Führungspositionen und auf hochqualifizierten Erwerbsarbeitsplätzen einschließen. Dabei soll weiterhin auf das Instrument der Quote gesetzt werden. Der Zugang von Frauen zu Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Ausbildung, Weiterbildung, Umschulung etc.) muss mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Erwerbslosen erfolgen. Projekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Existenzgründungsprogramme müssen für Frauen und Männer so gestaltet werden, dass sie den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten gerecht werden. Dazu gehört unter anderem, in der Nähe des Wohnortes Plätze in Kindertageseinrichtungen bereit zu stellen oder geringe Einstiegskredite mit günstigen Rückzahlbedingungen zu gewähren.

Die PDS wird sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass in der EU ein Gesetz über europäische Bürgerbegehren zügig auf den Weg gebracht wird. Wir sehen in der Initiierung länderübergreifender Bürgerbegehren neue Chancen, um schrittweise eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Deshalb rufen wir die verschiedensten Organisationen der Zivilgesellschaft auf, schon bald Vorschläge für konkrete Inhalte dieses Gesetzes zu entwickeln.

Zwar hat es im Jahr 2002 eine positive Weiterentwicklung des einheitlichen Wahlverfahrens bei Wahlen zum Europäischen Parlament gegeben. Sie ist aber bei weitem nicht ausreichend. Die PDS hält eine erneute Überarbeitung der diesbezüglichen Bestimmungen für notwendig. Wir wollen vor allem, dass das Europäische Parlament künftig in allen EU-Mitgliedstaaten einheitlich auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts und ohne Sperrklauseln gewählt wird. Sperrklauseln sind undemokratisch, weil sie kleinere Parteien benachteiligen und den politischen Pluralismus einschränken. Des Weiteren darf das Wahlrecht zu den Europawahlen nicht länger nur auf Unionsbürgerinnen und Unionsbürger beschränkt bleiben. Es ist nicht einzusehen, weshalb Menschen aus Drittstaaten, die schon mehrere Jahre legal in Mitgliedstaaten der Union leben, das aktive und passive Wahlrecht noch immer vorenthalten wird. Wir bedauern, dass im Verfassungsentwurf des Konvents keine Ausweitung der Definition der Unionsbürgerschaft erfolgte. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Menschen, die seit mindestens fünf Jahren dauerhaft in der Union leben, Wahlrecht erhalten.

Die PDS teilt die Einschätzung, dass mit der fortschreitenden Integration europäische politische Parteien eine zunehmende Rolle bei der demokratischen Willensbildung in der europäischen Politik spielen. Sie wird deshalb die Zusammenarbeit mit ihren Partnerparteien ausbauen und sich weiterhin für die Schaffung einer europäischen Linkspartei engagieren.

In der Bundesrepublik wird es darauf ankommen, das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen bei der Bestimmung der deutschen Positionen in der europäischen Politik neu zu regeln. Notwendig ist, bereits im Vorfeld europäischer Gesetzgebung die unterschiedlichen Sichten und Interessen der verschiedenen Ebenen besser miteinander abzustimmen. Zu stärken sind insbesondere die Möglichkeiten der Einflussnahme des Bundestages auf die Formulierung und die Kontrolle der Europapolitik der Bundesregierung. Aber auch die Rolle der Landesparlamente in diesem Prozess bedarf einer Neubestimmung. Mit einer Neufassung der Bundesgesetze über die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundestag bzw. Bundesrat muss geregelt werden, wie Bundestag und Bundesrat künftig ihr Recht auf Prüfung von Gesetzesinitiativen der EU-Kommission am besten wahrnehmen können. All diese europapolitisch relevanten Fragen müssen Gegenstand der deutschen Föderalismusdebatte sein. In diesem Zusammenhang sieht die PDS die Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung als wichtiges Moment der Demokratisierung an.

Die PDS spricht sich für eine europäische Verwaltungsreform aus, die das in Artikel 41 und 42 der Grundrechtecharta verankerte Recht der Bürgerinnen und Bürger auf gute Verwaltung und auf Zugang zu Dokumenten umfassend gewährleistet. Transparenz und Offenheit von Entscheidungen muss für alle EU-Institutionen, Einrichtungen, Ämter und Agenturen hergestellt werden, insbesondere beim Ministerrat. Wenig hilfreich finden wir in diesem Zusammenhang eine zu-

nehmende Auslagerung von EU-Verwaltungskompetenzen auf Europäische Agenturen, die mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, weil dadurch die politische Kontrolle durch das Europäische Parlament erschwert werden könnte. Eine dezentralisierte Verwaltung in der EU muss gefördert werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verkürzung der Fach- und Rechtsaufsicht durch die EU-Kommission und zu einer Auflösung der politischen Verantwortung der Kommission führen. Darüber hinaus wollen wir, dass die Kompetenzen des Europäischen Bürgerbeauftragten weiter gestärkt werden.

III. Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten – Offene Grenzen für Menschen in Not

Nach der Schaffung der vertraglichen Grundlagen hat die Europäische Union in den 90er Jahren den Aufbau einer eigenen Innen- und Rechtspolitik in Form eines europäischen „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ in Angriff genommen. Ein Teil dieser Maßnahmen, die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in Strafsachen, unterliegt nicht der demokratischen Mitentscheidung durch das Europäische Parlament. Auch die Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik ist bisher in der alleinigen Kompetenz des Ministerrates verblieben. Die PDS begrüßt, dass dieser unhaltbare Zustand mit dem Verfassungsentwurf des Konvents endlich aufgehoben werden soll und das Europäische Parlament in diesen zentralen Fragen Gesetzgebungsbefugnis erhält.

Mit den Terror-Anschlägen des 11. September 2001 in den USA wurde die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu einem der zentralen Inhalte der Innen- und Rechtspolitik der Europäischen Union. Terror ist durch nichts zu rechtfertigen. Terror muss entschieden bekämpft werden. Der Kampf gegen den Terror wird jedoch instrumentalisiert, um Menschen- und Bürgerrechte zu relativieren und Kriegsgründe zu erfinden. So hat die EU in großer Eile eine Reihe von Maßnahmen (biometrisch aufbereitete Fotos, zentrale Erfassung von Fingerabdrücken, Aufbau einer Datenbank des Schengener Informationssystems SIS) geplant, die – wie etwa beim Datenschutz – schwer wiegende Eingriffe gegen einzelne Personen erlauben, ohne dass sie zuvor Rechtswege geschaffen hat, die es den Betroffenen ermöglichen, sich dagegen gerichtlich zur Wehr zu setzen.

Wir lehnen die Weitergabe personenbezogener Daten von Fluggästen und Besatzungsmitgliedern an die US-Behörden ab. Die von der EU-Kommission eingeleitete Weitergabe von Daten von EU-Bürgerinnen und -Bürgern an Behörden eines Drittlandes verstößt gegen europäisches Datenschutzrecht. Die PDS fordert die Aufhebung dieser rechtswidrigen Praxis.

Die PDS tritt entschieden dafür ein, dass im internationalen Kampf gegen den Terror die Freiheitsrechte des Einzelnen gewahrt bleiben und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit respektiert wird. Hierzu gehört die strenge Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der dort verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte, die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren und die Zurückdrängung behördlicher Willkür gegenüber Bürgerinnen und Bürgern.

Auch die Asyl- und Einwanderungspolitik ist in den letzten Jahren in der EU und ihren Mitgliedstaaten leider zum Spielfeld von Sicherheitspaniken verkommen und entsprechend politisch instrumentalisiert worden. Die Mehrheit der EU-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland unter Rot-Grün, betrachtet Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten in diesem Sinne eher als Bedrohung der Inneren Sicherheit. So wurden die Außengrenzen der Union zu mit Hightec gespickten Abwehrwällen hochgerüstet, scharf bewacht durch Polizei und Grenzschutz. Hunderte von Flüchtlingen sterben jährlich im Mittelmeer, an der Oder-Neiße-Grenze und in anderen Regionen bei dem Versuch, in der Europäischen Union um Schutz und Aufnahme nachzusuchen. Wem es gelungen ist, die faktische Mauer um die EU zu durchbrechen, dem droht die schnelle Abschiebung. Dazu soll vor allem die Europäische Agentur für die Kontrolle und operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU dienen. Entwicklungsländer

zwingt die EU zu Knebelverträgen, um unerwünschte Flüchtlinge wieder in die Heimatländer zurückzuführen.

Die PDS will keine Festung Europa. Wir wollen ein offenes demokratisches Europa. Deshalb setzen wir uns für eine gemeinschaftliche Flüchtlings- und Einwanderungspolitik auf hohem menschenrechtlichen Niveau ein. An eine europäische Asyl- und Einwanderungspolitik stellen wir folgende Forderungen: Offene Grenzen für Menschen in Not. Wer vor politischer Verfolgung und Folter wegen der nationalen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung, wer vor Hungersnöten und Katastrophen flieht, muss in einem offenen Europa Schutz und Aufnahme finden. Internationaler Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention muss bindend sein. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland muss endlich geschlechtsspezifische sowie nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund anerkennen und die Vorbehaltserklärung gegen die Kinderrechtskonventionen der Vereinten Nationen zurück nehmen, um den besonderen Schutz geflüchteter Kinder zu realisieren. Die PDS lehnt die von Großbritannien vorgeschlagene Einrichtung geschlossener Internierungslager für Flüchtlinge, so genannte Transitabwicklungszentren, außerhalb der EU-Grenzen als menschenverachtend ab. Die Bundesregierung fordern wir auf, die Schaffung fortschrittlicher europäischer Asyl- und Einwanderungsregelungen nicht länger zu boykottieren. Der Artikel 16a (1) Grundgesetz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ist ohne Zusätze und Einschränkungen wieder herzustellen. Die Regelung über sichere Drittstaaten muss gestrichen werden. Die PDS tritt dafür ein, generell die Rechte der Menschen zu stärken, die in die Mitgliedstaaten einwandern oder fliehen. Ein europäisches Einwanderungsrecht, das die Interessen der Einwandernden und nicht der Wirtschaft an billiger Arbeitskraft in den Mittelpunkt stellt, gehört deshalb auf die Tagesordnung Europas. Nur auf diesem Weg kann den zur Auswanderung entschlossenen Menschen aus Drittländern eine Perspektive eröffnet werden. Zugleich ist dies Voraussetzung dafür, den Markt für Schlepperorganisationen auszutrocknen und der zumeist lebensgefährlichen illegalen Einwanderung zu begegnen. Mehr Rechte und weniger Abschottung bedeutet auch, dass endlich alle legal in den Mitgliedstaaten der EU lebenden Menschen volle Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit erhalten müssen. Daher sind nationale Regelungen des Zusammenlebens von Menschen (z.B. PACS, Lebenspartnerschaftsgesetz) zur Gewährleistung von Freizügigkeit und gegenseitiger Anerkennung innerhalb der Union anzuerkennen. Das Nachzugsrecht sowie alle EU-Regelungen, die sich derzeit auf verheiratete Paare beziehen, sind auf alle zwischenmenschlichen Beziehungen zu erweitern, in denen Verantwortung für Menschen übernommen wird. Die PDS fordert einen anderen Umgang mit Personen, die illegal und ohne Papiere in der Europäischen Union leben. Hier muss endlich ein Rechtsrahmen für Legalisierungskampagnen geschaffen werden. Humanitäre Hilfe für Menschen ohne Papiere ist nicht unter Strafe zu stellen. Generell strebt die PDS eine Verbesserung der Integration von dauerhaft in den EU-Ländern lebenden Einwanderinnen und Einwanderern unter anderem durch eine aktive Öffnungs- und Antidiskriminierungspolitik der aufnehmenden Gesellschaften, durch Sprach- und Gesellschaftskurse, durch Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen an.

Doch diese Maßnahmen in der Europäischen Union allein reichen nicht aus. Wir brauchen eine aktive Politik zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Niemand flieht freiwillig. Die zielgerichtete entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EU mit diesen Ländern muss intensiviert werden. Viele der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen wie Irak, Afghanistan, Ex-Jugoslawien, Algerien, Liberia oder Kongo sind von brutalen innerstaatlichen Konflikten gezeichnet, in die die Industrieländer oft selbst indirekt verwickelt sind. Nicht „Hilfe durch Abschottung“ muss die Devise der Europäischen Union sein, sondern zielgerichtetes und wirksames humanitäres Engagement in den Entwicklungsländern. Dazu gehört auch die massive Aufstockung der Entwicklungshilfe auf die bereits auf der 2. Unctad-Konferenz 1968 eingegangene Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts der Mitgliedstaaten aus öffentlichen Geldern als Entwicklungshilfe zu leisten, aber ebenso die Unterbindung von Waffenexporten.

Der Grundsatz der Wahrung der Grundrechte steht auch im Mittelpunkt der Konzeptionen der PDS für eine europäische Kriminalitätspolitik und -bekämpfung. Dies schließt ein, dass wir die Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes mit Mindeststandards für Strafrecht und Strafen anstreben. Wir meinen, dies sollte da, wo es wirklich erforderlich ist, auf dem Weg der schrittweisen und einvernehmlichen Angleichung der entsprechenden Gesetze der Mitgliedstaaten erfolgen. Denn die bisherige Praxis der wechselseitigen Anerkennung der jeweiligen gerichtlichen Entscheidungen der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union hat sich als rechtsstaatlich äußerst problematisch erwiesen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen großen Unterschiede im Rechts- und Justizwesen der Mitgliedstaaten.

Die PDS sieht es als dringend erforderlich an, schwere grenzüberschreitende organisierte Kriminalität wie Kinder- und Frauenhandel, Kinderpornografie, illegalen Waffenhandel, Drogenhandel, Steuerhinterziehung, Betrug mit EU-Geldern oder Umweltkriminalität in der EU gemeinsam zu bekämpfen. Sie bezeichnet besonders den Menschenhandel als das, was er ist. Er ist Profitmaximierung um den Preis des „kulturellen“ Rückfalls in die Sklaverei. Sie kritisiert die bisher fehlende demokratische Kontrolle europäischer Institutionen und Behörden sowie die willkürliche Einschränkung von Grundrechten.

Generell spielen gemeinsame Gremien der Mitgliedstaaten zur Koordinierung und Zusammenarbeit der nationalen Polizei-, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden eine immer wichtigere Rolle in der Union. Zu dem bereits seit Jahren bestehenden Europäischen Polizeiamt, Europol, ist inzwischen eine Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit, Eurojust, hinzugekommen, in der vor allem Staatsanwälte der Mitgliedsländer zusammenwirken. Nach dem Verfassungsentwurf des Konvents kann zukünftig auch ein „Ausschuss für operative Zusammenarbeit“ zur Koordinierung nationaler Sicherheitsbehörden und eine Europäische Staatsanwaltschaft zur Verfolgung bestimmter schwerer grenzüberschreitender Straftaten hinzukommen. Diese Koordinationsgremien fungieren zwar offiziell als Einrichtungen der Union, die dort arbeitenden Beamten sind aber weiterhin nur ihren Heimatländern dienstrechtlich verantwortlich. Damit ist die Kontrolle ihrer Arbeit auf europäischer Ebene nur sehr eingeschränkt möglich.

Die PDS tritt dafür ein, die im Verfassungsentwurf des Konvents vorgesehene parlamentarische Kontrolle von Europol und Eurojust durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente schnellstmöglich umzusetzen. Zudem muss endlich die volle gerichtliche Kontrolle gewährleistet sein. Die Schaffung des „Ausschusses für operative Zusammenarbeit“ lehnt die PDS ab, wenn er keiner wirksamen demokratischen Kontrolle unterliegen soll. Für eine Europäische Staatsanwaltschaft und ihr Personal ist die entsprechende demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente einzurichten. Die PDS setzt sich für eine Stärkung der Rechte von Beschuldigten durch die Aufnahme der Grundrechtecharta in eine Verfassung ein. Wir fordern allerdings, dass darüber hinaus auch die anwaltliche Dimension gestärkt wird, damit die Rechte von Beschuldigten in vollem Umfang garantiert werden können. Berichte zahlreicher Bürgerrechtsorganisationen zeigen, dass auch für Unionsbürgerinnen und -bürger die rechtsstaatlichen Regularien für ein faires Verfahren innerhalb der EU noch in den Anfängen stecken. Hier sieht die PDS dringenden Handlungsbedarf, insbesondere nach der Einführung des Europäischen Haftbefehls. Dringend erforderlich ist eine europäische Charta der Beschuldigtenrechte, in der diese Rechte im europäischen Kontext exakt fixiert und verbindlich formuliert werden. Besonders wichtig dabei ist, dass keines der Beschuldigtenrechte nur deshalb in einem geringeren Maße gewährt werden soll, weil Behörden und Gerichte eines anderen Mitgliedstaats beteiligt sind, und dass ein Recht auf multinationale Verteidigerteams eingeführt wird.

Die Bekämpfung von Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus ist und bleibt eine zentrale Aufgabe europäischer Politik, wie die Bekämpfung jeglicher neofaschistischer Bestrebungen zentrales Anliegen von Demokratinnen und Demokraten ist. Rassistische Einstellungen in der Bevölkerung, antisemitische und rassistische Gewalttaten, aber auch rassistische Diskriminie-

rung durch Behörden gehören leider zum Alltag. Das muss sich ändern. Hier muss die Europäische Union mehr tun als bisher. Die Einrichtung der europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien kann nur ein erster Schritt sein, diese Probleme auf europäischer Ebene anzugehen. Die PDS tritt für eine Aufstockung der Finanzmittel und eine Ausweitung der Kompetenzen für die Beobachtungsstelle ein. Noch wichtiger aber ist, diesen gesellschaftlichen Problemen auch in den Mitgliedstaaten viel größere Aufmerksamkeit zu widmen. Hier geschieht nach wie vor viel zu wenig. Besonders beschämend finden wir, dass gerade auch Deutschland zu den Ländern zählt, die die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/43/EG bis heute nicht umgesetzt haben. Die PDS fordert, dass hier sofort gehandelt wird. Die Bundesregierung muss ihre bisherige Verschleppungstaktik aufgeben und sich für eine umfassende europaweite Antidiskriminierungsregelung einsetzen, die neben der Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und Nationalität auch jene aufgrund von Alter, Geschlecht, Glauben, politischer Weltanschauung, Behinderung und sexueller Orientierung enthält.

IV. Internationale Probleme friedlich, kooperativ und gerecht lösen

Eine friedensbewahrende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln

Täglich erleben wir, wie Krieg und militärische Gewalt im Denken und politischen Handeln nach wie vor als Mittel zur Regelung von Konflikten und zur Durchsetzung von Interessen angesehen und benutzt werden. Gerechte und dauerhafte Lösungen können so jedoch nicht erzielt werden, wie die Nachkriegsentwicklung auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak zeigt. Die PDS will eine Abkehr von dieser Politik. Sie lehnt die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen ab.

Deshalb wendet sie sich auch entschieden dagegen, dass der zivile Charakter der europäischen Integration aufgegeben wird. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), vor allem aber die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), zielt darauf ab, die EU zu einer global agierenden Militärmacht aufzubauen. Das vollzieht sich zudem weitgehend ohne öffentliche Debatte und zum Teil völlig außerhalb demokratischer Kontrolle. Dies darf nicht so bleiben. Die PDS fordert die Aufhebung der Beschlüsse zu GASP und GSVP, die die EU in eine Militärmacht verwandeln, und lehnt auch alle Schritte und Maßnahmen

ab, die auf eine solche Entwicklung der EU gerichtet sind. Die PDS unterstützt vielmehr die Entwicklung einer zivilen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und will, dass die Europäische Union eine aktive friedensbewahrende Rolle in der internationalen Politik spielt. Die EU verfügt über große politische und enorme wirtschaftliche Möglichkeiten zur Konfliktprävention und Konfliktbeilegung, die umfassend ausgeschöpft werden müssen.

Politischer und diplomatischer Dialog, finanzielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, die Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen, eine aktive Menschenrechtspolitik und Engagement für internationale Zusammenarbeit zur Überwindung sozialer und ökologischer Probleme – das sind die politischen Instrumentarien, auf die die EU setzen muss. Hier liegen auch die Chancen für eine emanzipatorische, alternative Politik gegenüber den USA und für ein stärkeres Gewicht Europas bei der Erhaltung des Friedens. . Dabei ist insbesondere die Erfahrung der neutralen und bündnisfreien EU-Mitgliedstaaten unverzichtbar. Eine mit den Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger übereinstimmende internationale Rolle kann die EU nur spielen, wenn sie sich kritisch mit der imperialistischen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der USA auseinandersetzt und sich nicht als ihr Juniorpartner oder Erfüllungsgehilfe bzw. als konkurrierende Militärmacht versteht. Dies wäre eine Grundvoraussetzung für eine eigenständige, zivile und kooperative Rolle der Europäischen Union in der internationalen Politik.

Es geht nicht um Konfrontation mit den USA, sondern um gleichberechtigte Partnerschaft und eine europäische Absage an die Weltherrschaftsstrategie der Bush-Administration. Den Friedens- und Demokratiebewegungen in den USA sind wir freundschaftlich verbunden. Die US-Administration benutzt die NATO, um Europas Außen- und Sicherheitspolitik zu kontrollieren und zu verhindern, dass sich eine eigenständige gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln kann. Daher gewinnt die Forderung der PDS nach Auflösung dieser Militärallianz, die ein Relikt aus den Zeiten des Kalten Krieges ist, an Aktualität.

Eine eigenständige, von den USA unabhängige gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik muss sich an folgenden Prinzipien orientieren:

- Stärkung und Demokratisierung der UNO;
- Multilateralismus und Achtung des Völkerrechts, insbesondere Verzicht auf Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen;
- Priorität ökonomischer, sozialer, entwicklungspolitischer, ökologischer und kultureller Kooperation;
- an den Ursachen orientierte, präventive Konfliktbearbeitung;
- Stärkung der OSZE und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit;
- Verteidigung gemeinsamer europäischer Grundwerte wie Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Solidarität, Menschenrechte, Säkularisierung und Gleichberechtigung;
- Rüstungskontrolle und Abrüstung;
- Achtung der Neutralität solcher EU-Staaten wie Österreich, Finnland und Schweden.

Die im Verfassungsentwurf des Konvents verankerte Förderung des Friedens sowie die Wahrung der Grundsätze der UNO-Charta stellen dafür wichtige Grundlagen dar.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Irak-Krieges gewinnt in den politischen Führungskreisen einiger EU-Mitgliedstaaten zudem die Vorstellung Raum, die europäische Außenpolitik mit einer eigenständigen, weltweit handlungsfähigen (auf längere Sicht gegebenenfalls von der NATO und den USA unabhängigen) militärischen Interventionsstreitmacht zu versehen, um künftig auch als globaler militärischer Akteur auftreten zu können. Offenbar wird darin eine Voraussetzung gesehen, die Versorgung der EU mit Energie und anderen strategischen Rohstoffen abzusichern. Um die EU herum soll eine so genannte Sicherheitszone von „befreundeten Staaten“ aufgebaut werden. Diese Entwicklungen sind für die PDS absolut inakzeptabel.

Die Versuche, durch Militarisierung der Außenpolitik eine größere Unabhängigkeit der EU von den USA und ein stärkeres internationales Gewicht zu erringen, weisen in die falsche Richtung. Sie würden gewaltige finanzielle Mittel verschlingen, die dringend für soziale, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Zwecke innerhalb und außerhalb der EU gebraucht werden. Sie würden zu einer neuen Runde der weltweiten Aufrüstung beitragen. Die USA erhielten die Möglichkeit, ihr uneinholbares militärisches Übergewicht auszuspielen und ihre Strategie der militärischen Dominanz weiter durchzusetzen. Daher lehnt die PDS die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs des Konvents ab, die eine Erhöhung der Militärausgaben der Mitgliedstaaten einfordern. Die PDS fordert eine drastische Senkung des deutschen Rüstungsetats sowie europäische Abrüstungsinitiativen, die zu einer Senkung der Militärausgaben aller EU-Mitgliedstaaten führen.

Auch zur Bekämpfung von Terrorismus benötigt die Europäische Union keine zusätzlichen militärischen Kapazitäten, weil Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln beseitigt werden kann. Quellen für Terrorismus und Fundamentalismus sind unter anderem die rigide Ausbeutung der Länder der südlichen Hemisphäre durch die kapitalistischen Industriestaaten des Nordens, die kulturelle Arroganz gegenüber dem Süden, die Missachtung eines umfassenden ökologischen Wandels, die Schwächung der UNO, der Bruch des Völkerrechts und die Rüstungsexporte. Es ist verhängnisvoll, terroristische Bedrohungen mit militärischen Mitteln, mit Intervention und Kriegen, gar mit Präventivschlägen, beseitigen zu wollen. Vielmehr muss die EU im Rahmen

ihrer Außen- und Sicherheitspolitik eine an den Ursachen orientierte Strategie gegen den Terrorismus entwickeln und dazu beitragen, einem solchen Vorgehen international zum Durchbruch zu verhelfen. Terroristen müssen unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien effizient verfolgt und der internationalen Strafgerichtsbarkeit zugeführt werden. Ihre Finanzquellen, vor allem der Drogen- und Waffenhandel, sind trocken zu legen.

Die PDS will, dass zielgerichtet politische und wirtschaftliche Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben aller europäischen Völker und Staaten geschaffen werden. Europa braucht einen Wirtschafts- und Sozialraum, der keinen europäischen Staat ausschließt und auf einem vielfältigen bi- und multilateralen Vertragssystem basiert. Deshalb bedarf es verstärkter Anstrengungen für den umfassenden Ausbau der europäischen Zusammenarbeit im Rahmen des Europarats und der OSZE. Die Europäische Union muss ihre Kooperation mit diesen beiden europäischen Organisationen intensivieren. Sie muss zugleich eine enge, diskriminierungsfreie Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten ohne jede Diskriminierung entwickeln und dabei vor allem den Interessen der GUS-Staaten Rechnung tragen.

Die PDS teilt die Auffassung, dass die Europäische Union allen europäischen Staaten offen steht, welche die in Artikel 2 des Verfassungsentwurfs des Konvents verankerten Werte achten und sich verpflichten, diesen gemeinsam Geltung zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund befürwortet sie die für 2007 angestrebte Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU. Die PDS lehnt alle Versuche ab, die Aufnahme der Türkei mit Verweis auf so genannte religiöse Gründe auszuschließen. Sie ist allerdings der Meinung, dass eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien nur dann möglich ist, wenn die Menschenrechte für alle in der Türkei lebenden Minderheiten garantiert sind, wenn sich ein demokratischer und friedlicher Weg für die kurdischen Bürgerinnen und Bürger öffnet. Die Türkei muss auch einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Zypern-Frage leisten.

Die PDS setzt sich für eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba ein. Von der EU erwarten wir, dass sie sich auf der Grundlage der jüngsten Voten der UN-Vollversammlung für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba ausspricht und die Helms-Burton-Gesetze zurückweist. Ferner fordern wir, dass die EU ihren 1996 gegenüber Kuba bezogenen Gemeinsamen Standpunkt revidiert. Wie jedes andere Volk hat auch das kubanische Volk das Recht auf Selbstbestimmung.

Im Europäischen Parlament wird sich die PDS auf folgende Fragen konzentrieren:

- uneingeschränkte Kontrolle der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere aller Bereiche der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten;
- Herstellung von Transparenz und einer öffentlichen Debatte über die neue EU-Sicherheitsdoktrin;
- Entwicklung einer an den Ursachen orientierten Konfliktprävention und von Instrumentarien für zivile Konfliktlösungen;
- Ablehnung jedweder Kampfeinsätze im Rahmen zur Bewältigung von Krisen;
- Bereitstellung entsprechender Mittel aus dem EU-Haushalt sowie den Haushalten der Mitgliedstaaten – zum Beispiel für die Schaffung eines europäischen zivilen Friedenscorps, für internationale Moderation, Wahlbeobachtung sowie Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, einer effektiven Justiz, von Strafverfolgungsbehörden und Polizeikräften in jenen Ländern, wo die staatlichen Strukturen zerrüttet sind;
- Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in allen Mitgliedstaaten;
- Wahrung des Status der neutralen und bündnisfreien EU-Mitgliedstaaten;
- Schaffung Europäischer Agenturen für Abrüstung und Rüstungskonversion sowie für die Kontrolle der Rüstungsexporte durch Veränderung der Aufgabenstellungen des Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten;

- Reduzierung der militärischen Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedstaaten bis zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit; Beseitigung der Massenvernichtungswaffen in Europa;
- ausschließlich zivile Nutzung der Europäischen Raumfahrt.

Globalisierung gerecht gestalten

Das Versprechen, Globalisierung bringe Wohlstand, Frieden und gesellschaftliche Teilhabe für alle, ist für die Mehrheit der Menschen nicht wahr geworden. Der Einkommensabstand zwischen den reichen und ärmsten Ländern hat sich dagegen in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Krisen treten immer häufiger auf, fortlaufend verschlechtern sich die Lebens- und Entwicklungschancen für die Mehrheit der Weltbevölkerung. Über drei Milliarden Menschen haben für ihr tägliches Überleben nur zwei Euro am Tag. 45 Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger und Unterernährung.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die mehr als ein Viertel des Bruttosozialprodukts dieser Welt erzeugen, sind für diese katastrophalen Zustände in hohem Masse mitverantwortlich. Die Europäische Union muss sich daher endlich gezielt dafür einsetzen, dass die in den weniger entwickelten Ländern lebenden Menschen eine menschenwürdige Lebensperspektive erhalten. Dazu gehört vor allem, dass die Europäische Union ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht nutzt, um die Globalisierung nach dem Leitbild einer kooperativen Weltwirtschaftsordnung sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten. Angesichts des Klimawandels muss deutlich mehr dafür getan werden, die Existenz der tropischen Regenwälder zu sichern.

In den Verhandlungen um das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) forciert die EU mit umfassenden Liberalisierungsanforderungen gerade die Privatisierung öffentlicher Güter. Sie fordert unter anderem die Öffnung der Märkte der Wasserversorgung. Gesundheitsschutz, Bildung, Kultur, Wasser und Nahrungssicherheit sind aber keine Waren, sondern unverzichtbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben und der Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten. Deshalb treten wir für einen Stopp der GATS-Verhandlungen ein und fordern die EU auf, sich in der Welthandelsorganisation WTO dafür einzusetzen. Vor allem Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen von den GATS-Verhandlungen ausgenommen werden.

Neben vielen Entwicklungsländern und Nichtregierungsorganisationen hat auch die UN-Menschenrechtskommission in einer Erklärung auf die Konflikte zwischen dem WTO-Abkommen über Patentierung Trips (trade-related aspects of intellectual property rights) und den Menschenrechten auf Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt, auf Gesundheit, Ernährung und Selbstbestimmung hingewiesen.

Wir unterstützen die Forderung, das Trips-Abkommen bei den WTO-Verhandlungen in den Problembereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Biodiversität einer Revision zu unterziehen, um es mit den Menschenrechten sowie den Sozial- und Umweltabkommen in Einklang zu bringen. Die Federführung sollte der zuständigen UN-Organisation übertragen werden. In diesem Sinne ist auch die entsprechende EU-Richtlinie einer Überprüfung zu unterziehen, neu zu verhandeln und ihre Umsetzung in nationales Recht zeitweilig zu suspendieren.

Wir treten für soziale Standards in Welthandel und Produktion ein. Die EU fordern wir auf, sich für die Verankerung von Sozialstandards im WTO-Regelwerk einzusetzen und die Internationale Arbeitsorganisation ILO als federführend bei der Erarbeitung und Durchsetzung von Kernarbeitsnormen zu stärken. Menschenrechte und Kernarbeitsnormen müssen in allen bi- und multilateralen Vertragswerken und Organisationen berücksichtigt und die Entwicklungsländer bei der Umsetzung finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Verbindliche Verhaltenskodizes für europäische transnationale Konzerne können die Umsetzung befördern. Insofern unterstützen wir auch die Forderung des Europäischen Parlaments zur Einrichtung einer europäischen Monitoring-Agentur für Verhaltenskodizes europäischer transnationaler Konzerne.

Wenn die EU Verhandlungen über Investitionen, Wettbewerb und öffentliche Aufträge fordert, bei denen es ihr ausschließlich um Investorenschutz, freie Kapitalmobilität und Inländerbehandlung ausländischer Konzerne geht, dann ist ihr das Recht der Konzerne auf Freizügigkeit wichtiger als die Möglichkeiten demokratischer Regulierung, wodurch deren Einbindung in soziale Verantwortung weiter abgeschwächt wird. Um die demokratische Gestaltungsmacht zu stärken, treten wir für eine Konferenz auf UN-Ebene über ein Investitionsregime ein. Dazu gehört auch, eine internationale und europäische Kontrolle der Kapitalkonzentration bei Fusionen und Übernahmen zu entwickeln. Auf europäischer Ebene soll die Übernahmerichtlinie revidiert werden, um den Gewerkschaften mehr Rechte bei Fusionen und Übernahmen zu geben.

Wir wollen eine kooperative Weltwirtschaft, in der die Entwicklungsländer die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Märkte aufzubauen, ohne ständig Forderungen nach Marktöffnung ausgesetzt zu sein. Zudem müssen die Märkte der Industrieländer für Entwicklungsländer besser zugänglich sein. Statt die weitere Liberalisierung zu fördern, sollten auch in Entwicklungs- und Schwellenländern vor allem Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Binnenmarktorientierung gefördert werden. Die meisten Entwicklungsländer stolpern von einer Schuldenfalle zur nächsten. Dieser Teufelskreis ist nur mit weitreichender Entschuldung und einem internationalen Insolvenzrecht zu durchbrechen. Da die privaten Kapitalströme und Unternehmen nicht für Umverteilung von Nord nach Süd sorgen, muss die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit verstärkt werden.

Vor diesem Hintergrund bedeutet das Scheitern der WTO-Konferenz von Cancun bei allen Gefahren für die perspektivische Ausgestaltung gerechter Weltwirtschaftsbeziehungen eine Chance auf die Eröffnung wirklicher Alternativen. Ohne eine umfassende Berücksichtigung der existenziellen Interessen der Entwicklungsländer wird es keinen Weg in Richtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung geben.

V. Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport fördern

Kultur und Bildung, Kunst und Wissenschaft – das sind unverzichtbare kreative Potentiale zur Lösung globaler Probleme. Von ihrer bewussten Gestaltung hängt wesentlich ab, ob es gelingt, Werte und Ziele wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte, die strikte Einhaltung des Völkerrechts, das Beschreiten von Wegen nachhaltiger Entwicklung in der Europäischen Union zu verwirklichen und in der Gestaltung der weltweiten Beziehungen zwischen den Völkern wirksam werden zu lassen. Die Verwirklichung dieser Ziele bedarf kultureller und bildungsseitiger Voraussetzungen im Miteinander der Menschen wie Institutionen.

Das Gewicht von Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik auf europäischer Ebene wird weiterhin unterschätzt. Sie können zur Lösung zentraler Fragen der globalen Kämpfe und Auseinandersetzungen beitragen. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Die PDS engagiert sich dafür, dass europäische Kulturpolitik größeres Gewicht erlangt. Wissen und neue Erkenntnisse hervorzuheben und für alle zu nutzen, den gleichen Zugang und die gleiche Teilhabe für alle zu ermöglichen, die Wissbegierde zu wecken und zu fördern ist heute wichtiger denn je. Gerade weil Kenntnisse schnell veralten und moderne Technologien und Verfahren immer speziellere Kenntnisse voraussetzen, zählen das Verständnis von Zusammenhängen, die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen, Wissen über die Gesellschaft und Kultur des eigenen Landes ebenso wie über andere europäische Länder zu den unverzichtbaren Grundlagen moderner Bildung. Die Möglichkeiten der Aneignung von Bildung, Wissen und Kultur entscheiden über soziale Chancen, reale Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe jeder und jedes Einzelnen und damit zugleich über die Wandlungs- und Entwicklungsfähigkeit moderner Gesellschaften. Sie sind deshalb unverzichtbar für ein zukunftsfähiges Europa.

1. Kultur

Die PDS engagiert sich dafür, auf der Basis der unterschiedlichen Kulturen, Traditionen, Sprachen und Erfahrungen das gegenseitige Verständnis der in Europa lebenden Menschen und eine gemeinsame Kulturpolitik zu entwickeln. Sie soll die Vielfalt und Unterschiede, insbesondere zwischen den bisherigen und den Beitrittsländern positiv bewerten und nutzen – auch als Chance zur Lösung von Konflikten. Sie soll das verbindende und gemeinsame Erbe aufgreifen und zugleich auf ein Europa gerichtet sein, das für Weltoffenheit, Toleranz, Ausgleich und Kooperationsbereitschaft steht. Dies erfordert, auch die kulturellen Rechte zu schützen und die kulturelle Zusammenarbeit sowohl innerhalb Europas als auch weltweit auszubauen. Die PDS begrüßt, dass die Wahrung der kulturellen Vielfalt als Ziel der Europäischen Union in Artikel 3 des Verfassungsentwurfs des Konvents verankert wurde. Sie tritt dafür ein, dass diese Zielstellung zum Maßstab des Handelns in allen Politikbereichen wird. Die PDS setzt sich für die Erarbeitung und nationale Umsetzung einer internationalen Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ein.

Die PDS sieht im Kulturprogramm „Kultur 2000“ einen richtigen Ansatz, um das kulturelle Geschehen in ganz Europa besser zu verzahnen und das Bewusstsein für Europa als gemeinsamen Kulturraum zu stärken. Die PDS fordert ein Gesamtkonzept für die Kulturförderung

in Europa, weil Kulturpolitik trotz ihrer hohen Bedeutung in der EU nach wie vor ein Schattendasein führt. Dies schlägt sich vor allem in einer äußerst begrenzten Vergabe von Mitteln aus dem EU-Haushalt sowie in der Tatsache nieder, dass bei Kürzungen in den öffentlichen Haushalten der Mitgliedstaaten gerade kulturelle Projekte als erste geopfert werden. Die PDS hält demgegenüber eine Erhöhung der Mittel als Investition in die Zukunft für unumgänglich. Mehr getan werden muss für den Erhalt und den Ausbau der Kulturförderung in Europa.

Gerade im Hinblick auf die EU-Erweiterung liegen im Bereich der Kultur große Chancen, das Zusammenwachsen von alten und neuen EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Besonderer Schwerpunkt müssten die Grenzregionen sein, denn gerade grenzübergreifende kulturelle Zusammenarbeit kann sehr viel zur Annäherung und Integration beitragen. Aus Sicht der PDS spielen die Beitrittsländer, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa in der Kulturförderung der EU bislang eine zu geringe Rolle. Dies zeigt sich auch darin, dass in der bisherigen Planung für die Vergabe des Titels „Europäische Kulturhauptstadt“ bis 2019 Städte dieser Region für das zentrale Kulturprojekt der EU kaum bzw. sehr spät vorgesehen sind. Diese Planung bedarf dringend einer Überarbeitung und muss auf alle neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden.

Auch in der nächsten Legislaturperiode wird sich die PDS dafür engagieren, dass die seit Amsterdam im EU-Vertrag enthaltene Kulturverträglichkeitsprüfung zum Schutz der kulturellen Vielfalt und der kulturellen Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten konsequent angewandt wird. In diesem Sinne muss auch die Diskussion um Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Rahmen der GATS-Verhandlungen geführt werden. Es ist politisch zu sichern, dass Kulturgüter nicht wie herkömmliche Handelswaren behandelt werden und die Möglichkeit der öffentlichen Förderung für bestimmte öffentliche Dienstleistungen im Interesse der Wahrung der kulturellen Vielfalt erhalten bleibt.

Die PDS setzt sich dafür ein, dass die Buchpreisbindung auch weiterhin national gesichert wird. Dringend notwendig ist eine Stärkung der Rechte und Wirkungsmöglichkeiten der Kreativen. Die PDS setzt sich deshalb für eine Harmonisierung des Urheberrechts auf europäischer und internationaler Ebene ein, insbesondere hinsichtlich des Urhebervertragsrechts und der Urheberpersönlichkeitsrechte. Sie strebt eine Ausstattungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler sowie die Einführung eines modernen Künstlergemeinschaftsrechts an und tritt dafür ein, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter europaweit gilt.

2. Medien

Medien haben einen entscheidenden Einfluss auf die Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung. Sachlicher, umfassender und vielfältiger Information kommt daher größte Bedeutung zu. Ziel der Medienpolitik der PDS ist es, allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu unabhängiger Berichterstattung zu sichern und damit eine wirklich breite demokratische Willensbildung zu ermöglichen. Deshalb sind wir für wirksame europäische Kontrollinstrumente, um der zunehmenden Monopolisierung von Medienmacht in den Händen von immer weniger Konzernen und der Verquickung von politischen Entscheidungsträgern mit Medienbetreibern Einhalt zu gebieten. Netzbetreiber und Programmanbieter sollten strikt voneinander getrennt sein.

Mit der steigenden Informationsmenge ist eine immer größer werdende Kommerzialisierung aller Medien festzustellen. Nichtkommerzielle Medien müssen als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesichert werden. Diese Medien sind auf europäischer Ebene verstärkt zu fördern, denn Medienvielfalt setzt voraus, dass Berichterstattung auch in Bereichen, die wenig profitabel sind, zum Beispiel Kultur und Bildung, gesichert ist. Um das Wissen über die Beitrittsländer zu erhöhen und die Annäherung von West- und Osteuropa zu fördern, setzt sich die PDS für die Schaffung eines neuen Ost-West-Kanals nach dem Vorbild des deutsch-französischen Fernsehsenders ARTE ein.

Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass die Medien mehr dazu beitragen sollten, die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit zu unterstützen. Deshalb sollten Fernsehsender wie ARTE und Euronews durch die EU und ihre Mitgliedstaaten stärker gefördert werden. Die Europäische Kommission sollte aktiv werden, um diese Sender möglichst vielen Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch die Förderung der europaweiten Ausstrahlung bedeutender kultureller Ereignisse. Zudem sollte die Europäische Kommission eine Machbarkeitsstudie über einen europäischen Kabelkanal („C-Span/Channel Europe/Network“) beschließen, um die breite Öffentlichkeit mit wichtigen Nachrichten und Informationen über die Angelegenheiten der Europäischen Union versorgen zu können. In der Bundesrepublik Deutschland würden wir es begrüßen, wenn die Sendeanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, insbesondere auch Phoenix, stärker über wichtige Ereignisse in der europäischen Politik berichten.

Der technische Fortschritt ermöglicht heute eine globale Vernetzung. Jederzeit kann eine Vielfalt an Information abgerufen werden. Gleichzeitig vergrößert sich aber die Distanz zwischen denjenigen, die Zugang zu den neuen Technologien, zum Beispiel Internet, haben und denen, die aufgrund mangelnder Kenntnisse und geringer Kaufkraft von diesen Entwicklungen ausgeschlossen sind. In Schulen, Universitäten, Bibliotheken und öffentlich zugänglichen Einrichtungen muss daher der Zugang zu den neuen Medien für alle Menschen gesichert werden. Ein sinnvoller Umgang mit der Informationsvielfalt und den neuen Medien setzt technisches Wissen und Medienkompetenz voraus. Deshalb ist die PDS dafür, dies als Bildungsziel in den Schulen zu verankern.

Die technischen Möglichkeiten bergen aber auch die Gefahr umfassender Datenüberwachung und damit des Verlustes der informationellen Selbstbestimmung. Dem muss europaweit durch eine gemeinsame Gesetzgebung entgegengewirkt werden. Das Recht auf Verschlüsselung der eigenen Daten muss dabei analog dem Briefgeheimnis gewährleistet sein.

3. Bildung

Die PDS begrüßt, dass das in der Grundrechtecharta in Artikel 14 enthaltene Recht auf Bildung Eingang in den Verfassungsentwurf des Konvents gefunden hat. Die PDS betrachtet Bildung als einen unverzichtbaren Kernbereich der Daseinsvorsorge, der nicht in die Regelungskompetenz des europäischen Binnenmarkts gehört und in seiner spezifischen Vielfalt bewahrt und weiterentwickelt werden muss. Gemeinsames Grundprinzip in Europa muss sein, dass jedem Men-

schen die Möglichkeit offen steht, vom lebenslangen Lernen zu profitieren. Dafür ist es notwendig, für alle einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen zu sichern.

Ausgehend davon, dass bei den Vergleichen der Ergebnisse von Bildung und Erziehung – europaweit und weltweit (PISA, OECD, ...) – den Ländern mit schlechten Ergebnissen ein Mangel an Ganzheitlichkeit, sprich mangelnder vorschulischer Bildung und Erziehung attestiert wurde, fordern wir weiterhin Zielvorgaben zur flächendeckenden Versorgung mit Kindertageseinrichtungen für Kinder bis zum Eintritt in die Grundschule bis 2010, zur Steigerung der Versorgung mit Ganztagschul- und Freizeitangeboten.

In einem zusammenwachsenden Europa sind Fremdsprachenkenntnisse von grundlegender Bedeutung - auch im Hinblick auf die Zukunft auf den europäischen Arbeitsmärkten. Die PDS tritt dafür ein, den Fremdsprachenerwerb in den Schulen stärker als bisher zu fördern; alle Schülerinnen und Schüler in Europa sollten während ihrer Schulzeit mindestens zwei europäische Fremdsprachen erlernen.

Die Förderung von Austauschprogrammen wie Erasmus bildet einen Schwerpunkt der EU-Maßnahmen im Jugend- und Bildungsbereich. Die unmittelbare Erfahrung der Lebensrealität in einem anderen Land trägt ungleich mehr zur Verständigung bei als etwa Seminare oder Informationskampagnen. Wir wollen, dass dieser Bereich zielgerichtet ausgeweitet wird, um es weit mehr jungen Menschen als bisher zu ermöglichen, ökonomisch abgesichert ein Bildungsjahr im Ausland zu verbringen. Stipendien und sonstige Maßnahmen der Ausbildungsförderung müssen unbürokratisch zu erlangen sein, zum Beispiel im Rahmen eines EU-Bafög-Anspruchs, der auch Mehrkosten absichert, die bei einem Studienaufenthalt im Ausland entstehen. Um den interkulturellen Austausch zu intensivieren, sollten weitere Jugendwerke im europäischen und außereuropäischen Bereich eingerichtet und von der EU gefördert werden. Dafür könnten auch bereits bestehende und neue Städtepartnerschaften genutzt werden.

Im Bereich der Hochschulbildung setzt sich die PDS für studentische Freizügigkeit in Europa ein. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses sowie die Vereinheitlichung der Ausbildungsprinzipien innerhalb Europas ist eine Chance, eine umfassende und qualitativ hochwertige Ausbildung zu erwerben. Neben der europaweiten Anerkennung von Studienabschlüssen ist die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungsabschlüssen zu gewährleisten. Dies darf aber nicht bedeuten, Bildung inhaltlich zu vereinheitlichen und die Vielfalt von Bildungsangeboten zu beschränken. Demokratische Entscheidungsfindung und wissenschaftliche Kooperation sind notwendig, um den allgemeinen Nutzen wissenschaftlicher Tätigkeit zu gewährleisten. Die PDS tritt deshalb ein für den Ausbau und die Stärkung der Selbstverwaltung der Hochschulen unter dem gleichberechtigten Einschluss aller Hochschulmitglieder und engagiert sich für eine stärkere Einheit von Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung. Das Verhältnis zwischen Staat und Hochschule muss dabei durch die inhaltliche Verständigung über die gesellschaftskritische Verantwortung der Hochschulen bestimmt sein.

Mit der Einführung von europäischen Bachelor- und Master-Abschlüssen darf keine Beschränkung der Zugangsmöglichkeit der Studierenden zu den Hochschulen verbunden werden. Bildungsangebote aller Niveaus müssen generell für alle zugänglich bleiben, unabhängig vom Einkommen der einzelnen Studierenden. Studiengebühren müssen ausgeschlossen werden, weil sie eine soziale Auslese und eine Ökonomisierung der Hochschulen und Wissenschaftsinhalte zur Folge haben. Ausgeschlossen sein muss ebenfalls, dass der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen auf Grund eines Auslandsaufenthalts eingeschränkt wird. Für einen gastfreundlichen europäischen Studienraum ist eine Verbesserung der Service- und Betreuungsangebote für ausländische Studierende von Sprachkursen bis hin zu Wohnangeboten notwendig.

Zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Hochschulbereich ist nach Auffassung der PDS der Aufbau weiterer Europa-Universitäten nach dem Vorbild der Viadrina in Frankfurt (Oder) sinnvoll.

4. Wissenschaften

Mit Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik sind große Hoffnungen verknüpft: neue Therapiemöglichkeiten, technologischer Fortschritt, Erleichterung des Alltags, neue Arbeitsplätze. Den großen Erwartungen stehen allerdings auch vielfältige Sorgen der Bevölkerung gegenüber: Viele Menschen befürchten den Verlust der Kontrolle über das eigene Leben, die Entsolidarisierung der Gesellschaft, oder sie haben Angst davor, den technologischen Entwicklungen ausgeliefert zu sein, ohne sie mitbestimmen zu können. Diese Ängste sind durchaus berechtigt, denn Forschung und Technologie sind weder Allheilmittel für heutige Probleme noch Garanten für zukünftiges Wohlergehen, Gesundheit und Fortschritt. Grenzenloser Innovationswille und blinder Technologieglaube können das Gegenteil der erhofften positiven Resultate bewirken.

Forschungs- und Technologiepolitik muss im Dienste des Menschen stehen. Die PDS ist deshalb der Auffassung, dass das Abschätzen der Risiken in diesem Bereich mit großer Sensibilität und Vorsicht und unter Berücksichtigung hoher ethischer, moralischer und ökologischer Standards vorgenommen werden muss. Es darf nicht zur Standortpolitik verkommen, die Profitinteressen und Wettbewerbsvorteilen alles unterordnet und auch den Menschen selbst zunehmend als Verwertungsmasse betrachtet.

Diese Ausrichtung von Forschung und öffentlich geförderter Forschungspolitik kam jedoch in den letzten Jahren deutlich zu kurz. Die EU setzte viel zu oft auf große Projekte, die Prestigegewinn bringen sollten. Die PDS kritisiert diese Ausrichtung der Forschungspolitik der EU, die sich hauptsächlich an Wachstum und Produktion, der Kernforschung sowie an der Bildung so genannter Exzellenzzentren orientiert. Viel zu wenig wurden Forschungen in den Lebenswissenschaften in Bezug auf alternative Energien und Sozioökonomie gefördert. Technikfolgenabschätzungen finden kaum statt.

Die PDS fordert, dass Forschung nicht an ihrer industriellen Verwertbarkeit gemessen werden darf. Eine Neuorientierung der EU-Forschungspolitik ist daher notwendig. Forschung muss sozialen und ökologischen Aspekten gerecht werden und ethisch fundiert sein, wenn sie als förderungswürdig befunden werden soll. Nur so setzen wir der Entwicklung zu immer mehr Marktlogik ein europäisches Entwicklungsmodell entgegen, das den Menschen und die Verbesserung seiner Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Im Zentrum des seit 2003 gültigen Sechsten EU-Forschungsrahmenprogramms steht die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft. Als Schlüsselbereiche gelten derzeit die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Gentechnik und Biotechnologie, die Nano- und Stahltechnologie sowie die Entwicklung der Luftfahrt, des Straßen- und Schienenverkehrs. Dafür stehen 17,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Anteil der Forschungsaufwendungen der Mitgliedstaaten der EU geht demgegenüber zurück. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen sie derzeit bei nur 1,8 Prozent. Die PDS begrüßt deshalb das im März 2002 in Barcelona festgelegte Ziel, die Forschungsaufwendungen auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU zu steigern.

Im Sechsten Forschungsrahmenprogramm kommt der Förderung der Industrieforschung ein besonderer Stellenwert zu. Die PDS fordert eine kritische Evaluierung dieses Ansatzes. Die bisherige Ausrichtung auf Forschungsnetzwerke mit starker industrieller Beteiligung muss zugunsten der Förderung des Technologietransfers vor allem hin zu kleineren und mittleren Unternehmen verändert werden. Europäische Wissenschaftspolitik und Technologieförderung müssen den sozial-ökologischen Wandel ins Zentrum rücken und sich auf Projekte der nachhaltigen Entwicklung von Umwelt und Gesellschaft konzentrieren. Um Innovationspolitik zu gewährleisten, braucht es den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Wissenschaft muss zur innovativen und beschäftigungswirksamen Verflechtung von Wissenschaftseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen unter Einbeziehung kleiner und mittlerer Unternehmen beitragen. Regionale und grenzüberschreitende Innovations- und Infrastrukturpoten-

ziale müssen gezielter für die Schaffung von Arbeitsplätzen und regionale Entwicklung genutzt werden. Im Bereich der Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien fordert die PDS, der Erforschung der Datensicherheit einen größeren Stellenwert einzuräumen.

Die PDS kritisiert die Forschungsarbeiten am gemeinsamen Fusionsforschungsreaktor ITER. Die PDS spricht sich für einen völligen Rückzug aus der ITER-Forschung aus. Wir schlagen vor, die dafür vorgesehenen 700 Millionen Euro für die Forschung zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung aufzuwenden. Darüber hinaus machen wir uns für eine Aufstockung der Mittel im Bereich der Gesundheitsforschung stark. Die Erforschung von Vorsorgestrategien muss stärker berücksichtigt werden.

Mit der gezielten Herausbildung und der verbesserten Vernetzung von Forschungsinfrastrukturen sowie der Stärkung der Präsenz von Frauen in der Forschung wurden wichtige Schritte hin zu einer europäischen Forschungslandschaft getan. Wir begrüßen, dass die Mittel zur Förderung der Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Sechsten Forschungsrahmenprogramm aufgestockt wurden. Die PDS tritt dafür ein, die Schaffung von nationalen und internationalen Forschungsprogrammen besser zu koordinieren sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus West- und Osteuropa verstärkt zusammen zu führen. Zu einer gesamteuropäischen Vernetzung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen gehört die Förderung des interdisziplinären Austauschs und länderübergreifender studentischer Ausbildungsprogramme sowie eine qualifizierte Nachwuchsförderung. Die PDS hält die Friedens- und Konfliktforschung für unverzichtbar.

Gerade angesichts verstärkter europäischer Rüstungskooperationen und militärischer Optionen der GASP ist der europäische Einstieg in die Friedensforschung für die PDS umso dringlicher, nicht zuletzt um Alternativen zur Militarisierung der europäischen Außenpolitik erarbeiten zu können.

Forschung bringt zwangsläufig Risiken mit sich. Die Gesellschaft muss selbst entscheiden, welche neuen Technologien sie nutzen will oder wo sie nicht bereit ist, Risiken einzugehen. Insbesondere die Förderung biotechnologischer Forschung und der Gentechnik werfen grundsätzliche ethische Fragen über die Zukunft auf. So hat die Entschlüsselung des menschlichen Genoms Hoffnungen im Kampf gegen viele Krankheiten geweckt. Mit dem wissenschaftlichen Fortschritt in der Humangenetik und der Fortpflanzungsmedizin wachsen jedoch auch die wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen, damit auch Ängste. Der Respekt vor der Menschenwürde gebietet, dass Menschen nicht auf biologische Aspekte reduziert oder Nützlichkeitskriterien unterworfen werden.

Fremdnützige Forschung an Menschen jeden Alters, die nicht selbst einwilligen können, lehnen wir ab. Deshalb tritt die PDS für einen Dialog zwischen Wissenschaft, Industrie, Ethiksachverständigen, Patienten, Menschen mit Behinderungen und allen anderen Betroffenen und Interessierten im Bereich der neuen Spitzentechnologien bereits in der Anfangsphase ihrer Entwicklung ein.

Die PDS wird im Europäischen Parlament für die Entwicklung gemeinsamer ethischer Leitlinien zur Humangenetik und für die Schaffung eines europäischen Ausschusses für Ethik streiten.

Die PDS setzt sich für ein Klonverbot ein. Sie lehnt die Verwertung menschlicher Embryonen, Tätigkeiten, die auf eine Veränderung der menschlichen Samen- und Eizellen gerichtet sind sowie die Patentierung von Genen und Gensequenzen ab und fordert eine Neuverhandlung der Biopatentrichtlinie. Die PDS vertritt die Auffassung, dass keine EU-Mittel in die Forschung von embryonalen Stammzellen fließen sollen, sondern ein unbefristetes EU-Moratorium in diesem Bereich erlassen werden muss. Im neuen Forschungsrahmenprogramm sollte eine klare Ausrichtung der EU-Forschungspolitik auf zivilen Nutzen, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit erkennbar sein.

Die Achtung der Grundrechte des Einzelnen und der Schutz personenbezogener Daten stehen für die PDS im Vordergrund. Jede Diskriminierung einer Person wegen ihres genetischen Erbes muss ausgeschlossen sein. Vor allem Beschäftigte müssen gegen Forderungen zur Bekanntgabe genetischer Informationen gegenüber Arbeitgebern und Versicherungen geschützt werden.

5. Sport

Durch den Verfassungsentwurf des Konvents ist Sport erstmals ein Bereich gemeinsamer Politik in der Europäischen Union geworden. Sport verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen, für interkulturelle Verständigung und den Abbau von Vorurteilen. Seine positiven Auswirkungen auf die gesundheitliche Rehabilitation wie für die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten. Sport fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er kann mit dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden.

Grundlage der Sportförderung muss sein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch eine besondere Förderung von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Deshalb legen wir größten Wert darauf, dass der Breitensport und der Sport im gemeinnützigen Verein im Mittelpunkt stehen. Der immer stärkeren Kommerzialisierung von Leistungssport sollte entgegengewirkt werden. Sport ist auch ein Wirtschaftszweig, in erster Linie aber eine Ebene, wo Menschen Gemeinsamkeit, Freude und Ausgleich vom Alltag erfahren. Spitzensport und Breitensport sollten nicht als Konkurrenten um Zuschüsse, sondern als Teilhaber eines wechselseitigen Prozesses der gegenseitigen Förderung begriffen werden. Hierzu ist es notwendig, im Zusammenwirken mit den Regionen und Kommunen den Schul-, Freizeit- und Vereinssport zu fördern und auszubauen.

Die PDS ist gegen eine totale Vermarktung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung. Sie will Chancengleichheit und einen manipulationsfreien Sport. Doping ist nur aus der Welt zu schaffen, wenn Arzneimittelgesetze und Antidopingregeln konsequent angewandt werden. Nur so ist zu verhindern, dass die Pharmaindustrie mit dem Doping Riesengewinne scheidet und Sportlerinnen und Sportler unkontrollierbaren Gesundheitsrisiken ausgesetzt werden oder sich gar selbst mit krimineller Energie über Regeln, Recht und Gesetz hinwegsetzen. Die PDS ist dafür, dass auf europäischer Ebene großangelegte Aufklärungskampagnen über die Gefahren des Dopings – auch im Rahmen der Gesundheitsprävention an den Schulen – durchgeführt werden.

Die PDS betrachtet die Ausrufung des Jahres 2004 zum „Europäischen Jahr der Erziehung durch Sport“ als Signal, der Sportpolitik auf europäischer Ebene zukünftig eine größere Rolle zukommen zu lassen und sich von deren stark kommerzialisierter und leistungsorientierter Betrachtung zu lösen. Die Förderung von Sportprojekten durch die EU muss auch nach dem Ende des Olympischen Jahres fortgeführt werden.